

---

**2007****Ausgegeben zu Bonn am 28. Juni 2007****Nr. 18**

---

Tag	Inhalt	Seite
27. 4. 2007	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens vom 26. Juli 1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften, des Protokolls vom 27. September 1996 zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften und des Protokolls vom 29. November 1996 betreffend die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften im Wege der Vorabentscheidung ..... FNA: 171-3	794
8. 5. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen .....	806
8. 5. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur .....	807
10. 5. 2007	Bekanntmachung des deutsch-guatemalteckischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	807
11. 5. 2007	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten des Abkommens vom 4. Juli 1976 zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland und der Iranischen Atomenergieorganisation über Zusammenarbeit auf den Gebieten der friedlichen Verwendung der Kernenergie .....	809
14. 5. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zweiten Fakultativprotokolls zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe .....	810
15. 5. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung eines Europäischen Laboratoriums für Molekularbiologie .....	810
15. 5. 2007	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung .....	811
16. 5. 2007	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-französischen Abkommens über den Bau einer Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Kehl .....	811
16. 5. 2007	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-indonesischen Abkommens über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen .....	812
21. 6. 2007	Bekanntmachung der Änderung des Anhangs zu dem Übereinkommen von 16. November 1989 gegen Doping .....	812

---

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten  
des Übereinkommens vom 26. Juli 1995  
über den Schutz der finanziellen Interessen  
der Europäischen Gemeinschaften,  
des Protokolls vom 27. September 1996  
zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen  
der Europäischen Gemeinschaften und  
des Protokolls vom 29. November 1996  
betreffend die Auslegung des Übereinkommens  
über den Schutz der finanziellen Interessen  
der Europäischen Gemeinschaften  
durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften  
im Wege der Vorabentscheidung**

**Vom 27. April 2007**

I.

Nach Artikel 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 10. September 1998 zu dem Übereinkommen vom 26. Juli 1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (BGBl. 1998 II S. 2322) wird bekannt gemacht, dass das Übereinkommen nach seinem Artikel 11 Abs. 3 für die

Bundesrepublik Deutschland am 17. Oktober 2002  
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung

in Kraft getreten ist.

Nach Artikel 4 Abs. 2 des Gesetzes vom 10. September 1998 zu dem am 27. September 1996 in Dublin unterzeichneten Protokoll zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (BGBl. 1998 II S. 2340) wird bekannt gemacht, dass das Protokoll nach seinem Artikel 9 Abs. 3 für die

Bundesrepublik Deutschland am 17. Oktober 2002

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunden sind am 24. November 1998 beim Rat der Europäischen Union hinterlegt worden.

Nach Artikel 3 Satz 2 des Gesetzes vom 10. Juli 2000 zu dem Protokoll vom 29. November 1996 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union betreffend die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften im Wege der Vorabentscheidung (BGBl. 2000 II S. 814) wird bekannt gemacht, dass das Protokoll nach seinem Artikel 4 Abs. 3 für die

Bundesrepublik Deutschland am 17. Oktober 2002  
nach Maßgabe der unter IV. abgedruckten Erklärung

in Kraft getreten ist.

Die Ratifikationsurkunde ist am 3. Juli 2001 beim Rat der Europäischen Union hinterlegt worden.

Das Übereinkommen und die beiden genannten Protokolle sind ebenfalls am 17. Oktober 2002 für folgende Staaten in Kraft getreten:

Belgien  
nach Maßgabe der unter IV. abgedruckten Erklärung

Dänemark  
nach Maßgabe der unter II., III. und IV. abgedruckten Erklärungen

Finnland  
nach Maßgabe der unter II., III. und IV. abgedruckten Erklärungen

- Frankreich  
nach Maßgabe der unter II., III. und IV. abgedruckten Erklärungen
- Griechenland  
nach Maßgabe der unter II. und IV. abgedruckten Erklärungen
- Irland  
nach Maßgabe der unter IV. abgedruckten Erklärung
- Italien  
nach Maßgabe der unter II., III. und IV. abgedruckten Erklärungen
- Luxemburg  
nach Maßgabe der unter III. und IV. abgedruckten Erklärungen
- Niederlande  
nach Maßgabe der unter III. und IV. abgedruckten Erklärungen
- Österreich  
nach Maßgabe der unter II., III. und IV. abgedruckten Erklärungen
- Portugal  
nach Maßgabe der unter III. und IV. abgedruckten Erklärungen
- Schweden  
nach Maßgabe der unter II., III. und IV. abgedruckten Erklärungen
- Spanien  
nach Maßgabe der unter IV. abgedruckten Erklärung
- das Vereinigte Königreich  
nach Maßgabe der unter II. und III. abgedruckten Erklärungen.

Das Übereinkommen und die beiden genannten Protokolle sind ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

- Lettland am 30. November 2004  
nach Maßgabe der unter IV. abgedruckten Erklärung
- Litauen am 26. August 2004  
nach Maßgabe der unter III. und IV. abgedruckten Erklärungen
- Slowakei am 29. Dezember 2004  
nach Maßgabe der unter II., III. und IV. abgedruckten Erklärungen
- Zypern am 29. Juni 2005.

Das Übereinkommen und das am 27. September 1996 in Dublin unterzeichnete Protokoll sind für

- Estland am 4. Mai 2005  
in Kraft getreten.

## II.

Erklärungen und Vorbehalte zum Übereinkommen vom 26. Juli 1995 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften

Die Bundesrepublik Deutschland hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 24. November 1998 folgenden Vorbehalt erklärt:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist durch Artikel 7 Absatz 1 nicht gebunden, wenn die Tat, die dem ausländischen Urteil zugrunde lag, ganz oder teilweise in ihrem Hoheitsgebiet begangen wurde, sofern nicht die Tat teilweise im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaates begangen wurde, in dem das Urteil ergangen ist.“

Dänemark hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 2. Oktober 2000 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„Erklæring: I henhold til artikel 7, stk. 2, litra a–c, skal Danmark ikke være bundet af artikel 7, stk. 1, i de tilfælde, der er nævnt i artikel 7, stk. 2, litra a, b og c. For så vidt angår de handlinger, der er nævnt i artikel 7

„In Bezugnahme auf Artikel 7 Absatz 2 Buchstaben a, b und c erklärt Dänemark, dass es nicht durch Artikel 7 Absatz 1 in den Fällen nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstaben a, b und c gebunden ist. Was die in

stk. 2, litra b, omfatter erklæringen forbrydelser efter straffelovens kapitel 12 (forbrydelser mod statens selvstændighed og sikkerhed), kapitel 13, (forbrydelser mod statsforfatningen og de øverste statsmyndigheder), kapitel 14 (forbrydelser mod den offentlige myndighed), samt forbrydelser, der naturligt kan stilles i klasse hermed. Danmark forstår artikel 7, stk. 2, litra b, således, at den bl. a. omfatter de handlinger, der er beskrevet i straffelovens § 8, nr. 1. Danmark fortolker endvidere artikel 7 som alene vedrørende muligheden for pålæggelse af straf, men derimod ikke muligheden for rettighedsfrakendelse. Færøerne og Grønland er indtil videre ikke omfattet af konventionen.“

Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b genannten Taten anbelangt, so erstreckt sich die Erklärung auf Straftaten im Sinne des Kapitels 12 des Strafgesetzbuchs (Straftaten gegen die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Staates), des Kapitels 13 des Strafgesetzbuchs (Straftaten gegen die Staatsverfassung und die obersten staatlichen Behörden), Kapitel 14 des Strafgesetzbuchs (gegen den Staat gerichtete Straftaten) sowie auf Straftaten, die ihrer Natur nach in dieselbe Kategorie eingeordnet werden können. Dänemark versteht Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b in dem Sinne, dass er unter anderem die in § 8 Nummer 1 des Strafgesetzbuches beschriebenen Straftaten umfasst. Des Weiteren legt Dänemark Artikel 7 dahin gehend aus, dass er ausschließlich die Möglichkeit zur Auferlegung von Strafen, nicht aber die Möglichkeit zur Aberkennung von Rechten beinhaltet.

Das Übereinkommen findet bis auf weiteres nicht auf die Färøer und Grønland Anwendung.“

Finnland hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 18. Dezember 1998 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„Yleissopimuksen 7 artiklan 1 kohta ei sido Suomea 7 artiklan 2 kohdan a–c alakohtassa mainituissa tapauksissa.“

„Finnland ist in den in Artikel 7 Absatz 2 Buchstaben a bis c genannten Fällen nicht an Artikel 7 Absatz 1 gebunden.“

Frankreich hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 4. August 2000 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

«En application de l'article 4 paragraphe 2:

Lorsque les infractions prévues à l'article 1 et à l'article 2 paragraphe 1 de la présente convention sont commises hors du territoire de la République, la France déclare, conformément aux dispositions de l'article 4 paragraphe 2 que la poursuite desdites infractions visant les personnes énumérées à l'article 4 paragraphe 1 troisième tiret ne pourra être exercée qu'à la requête du ministère public. Cette poursuite devra être précédée d'une plainte de la victime ou de ses ayants droits ou d'une dénonciation officielle par l'autorité du pays où le fait a été commis.»

„In Anwendung von Artikel 4 Absatz 2:

Hinsichtlich der Fälle, in denen die in Artikel 1 und Artikel 2 Absatz 1 dieses Übereinkommens genannten Straftaten außerhalb des Hoheitsgebiets der Französischen Republik begangen werden, erklärt Frankreich gemäß Artikel 4 Absatz 2, dass die Strafverfolgung dieser Straftaten im Zusammenhang mit den in Artikel 4 Absatz 1 dritter Gedankenstrich genannten Personen nur auf Antrag der Staatsanwaltschaft erfolgen kann. Die Strafverfolgung kann nur auf vorherige Klage des Opfers oder seiner Rechtsnachfolger oder eine offizielle Anzeige durch die Behörde des Landes erfolgen, in dem die Straftat begangen worden ist.“

Griechenland hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 26. Juli 2000 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„Σύμφωνα με την παράγραφο 2 του άρθρου 7 της Συμβάσεως η Ελλάδα δεν δεσμεύεται από την παράγραφο 1 της εν λόγω διατάξεως στις περιπτώσεις των στοιχείων β και γ της παραγράφου 2 του άρθρου 7 της Συμβάσεως που καταρτίζεται βάσει του άρθρου Κ3 της Συνθήκης για την Ευρωπαϊκή Ένωση, σχετικά με την προστασία των οικονομικών συμφερόντων των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων.“

„Griechenland erklärt gemäß Artikel 7 Absatz 2 des aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union ausgearbeiteten Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften, dass es in den Fällen nach Artikel 7 Absatz 2 Buchstaben b und c durch Absatz 1 nicht gebunden ist.“

Italien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 19. Juli 2002 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„In relazione all'articolo 7, della Convenzione sulla tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee, fatta a Bruxelles il 26 luglio 1995, si dichiara che l'Italia non è vincolata dal paragrafo 1 dell'articolo 7 nei casi di cui lettere a), b), e c) del paragrafo 2 dello stesso articolo.“

„In Bezug auf Artikel 7 Absatz 2 des am 26. Juli 1995 in Brüssel unterzeichneten Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften erklärt Italien, dass es durch Artikel 7 Absatz 1 in den Fällen nach Absatz 2 Buchstaben a, b und c nicht gebunden ist.“

Österreich hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 21. Mai 1999 folgende Erklärung abgegeben:

„Die Republik Österreich erklärt gemäß Art. 7 Abs. 2 des Übereinkommens, in folgenden Fällen nicht durch Art. 7 Abs. 1 des Übereinkommens gebunden zu sein:

- a) wenn die Tat, die dem Urteil zugrunde lag, ganz oder teilweise in ihrem Hoheitsgebiet begangen wurde. Im letzteren Fall gilt diese Ausnahme jedoch nicht, wenn diese Tat teilweise im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaates begangen wurde, in dem das Urteil ergangen ist;
- b) wenn die Tat, die dem ausländischen Urteil zugrunde lag, einen der folgenden Straftatbestände erfüllt hat:
  - Auskundschaftung eines Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisses zugunsten des Auslands (§ 124 StGB);
  - Hochverrat und Vorbereitung eines Hochverrats (§§ 242 und 244 StGB);
  - Staatsfeindliche Verbindungen (§ 246 StGB);
  - Herabwürdigung des Staates und seiner Symbole (§ 248 StGB);
  - Angriffe auf oberste Staatsorgane (§§ 249 bis 251 StGB);
  - Landesverrat (§§ 252 bis 258 StGB);
  - Strafbare Handlungen gegen das Bundesheer (§§ 259 bis 260 StGB);
  - Strafbare Handlungen, die jemand gegen einen österreichischen Beamten (§ 74 Z 4 StGB) während oder wegen der Vollziehung seiner Aufgaben begeht;
  - Straftaten nach dem Außenhandelsgesetz; und
  - Straftaten nach dem Kriegsmaterialgesetz;
- c) wenn die Tat, die dem ausländischen Urteil zugrunde lag, von einem österreichischen Beamten (§ 74 Z 4 StGB) unter Verletzung seiner Amtspflichten begangen wurde.“

Schweden hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 10. Juni 1999 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„Förklarar, enligt artikel 7, punkt 2 a och b i konventionen att Sverige skall kunna lagföra den som har dömts för samma gärning i en annan stat som är medlem i Europeiska unionen, om gärningen

„Ferner erkläre ich gemäß Artikel 7 Absatz 2 Buchstaben a und b des Übereinkommens, dass Schweden jemand, der in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union verurteilt worden ist, wegen derselben Tat verfolgen kann, sofern diese

- a) helt eller delvis har begåtts inom svenskt territorium, eller
- b) riktats mot Sveriges säkerhet eller andra för Sverige lika viktiga intressen.“
- a) ganz oder teilweise auf schwedischem Hoheitsgebiet begangen wurde oder
- b) gegen die Sicherheit oder andere gleichermaßen wesentliche Interessen Schwedens gerichtet war.“

Die Slowakei hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 30. September 2004 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„The Slovak Republic declares that it shall not be bound by art. 7 (2) of the Convention, if the acts, which were the subject to the judgement issued abroad, are crimes against security or another equally fundamental interest of the Slovak Republic.“

„Die Slowakische Republik erklärt, dass sie durch Artikel 7 Absatz 2 des Übereinkommens nicht gebunden ist, wenn die Tat, die dem ausländischen Urteil zugrunde lag, eine gegen die Sicherheit oder andere gleichermaßen wesentliche Interessen der Slowakischen Republik gerichtete Straftat darstellt.“

Das Vereinigte Königreich hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 11. Oktober 1999 folgenden Vorbehalt angebracht:

(Übersetzung)

“... the United Kingdom will not apply the rule laid down in the third indent of Article 4, paragraph 1.”

„... , dass das Vereinigte Königreich die in Artikel 4 Absatz 1 dritter Gedankenstrich vorgesehene Regelung nicht anwendet.“

### III.

Erklärungen und Vorbehalte zum Protokoll vom 27. September 1996 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften

Dänemark hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 2. Oktober 2000 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„Erklæring: I henhold til artikel 6, stk. 2, tages der forbehold om, at Danmark i de i artikel 6, stk. 1, litra b, 1. led, omhandlede tilfælde kan betinge dansk straffemyndighed af, at forholdet også er strafbart efter lovgivningen i det land, hvor forholdet blev begået (dobbelt strafbarhed).“

„Dänemark behält sich gemäß Artikel 6 Absatz 2 vor, die Begründung seiner Gerichtsbarkeit in den in Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b erster Teil genannten Fällen davon abhängig zu machen, dass die Tat auch nach den Rechtsvorschriften des Landes strafbar ist, in dem die Tat begangen wurde (beiderseitige Strafbarkeit).“

Finnland hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 18. Dezember 1998 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„1. Suomi soveltaa pöytäkirjan 6 artiklan 1 kohdan b alakohdan mukaista sääntöä omien kansalaisten osalta Suomen rikoslain 1 luvun 11 §:n mukaisesti vain, jos rikos myös tekopaikan lain mukaan on rangaistava ja siitä olisi voitu tuomita rangaistus myös tämän vieraan valtion tuomioistuimessa. Rikoksesta ei silloin Suomessa saa tuomita ankarampaa seuraamusta kuin siitä tekopaikan laissa säädetään.“

„1. Finland wendet die Bestimmungen des Artikels 6 Absatz 1 Buchstabe b des Protokolls auf seine Staatsangehörigen gemäß Kapitel 1 § 11 des Strafgesetzbuchs nur dann an, wenn die Straftat auch nach den am Ort der Straftat geltenden Gesetzen strafbar ist und dafür auch vor einem Gericht dieses anderen Staates eine Strafe hätte verhängt werden können. Die Straftat kann daher in Finnland nicht härter bestraft werden als nach den am Ort der Straftat geltenden Gesetzen möglich.“

2. Suomi ei sovelta pöytäkirjan 6 artiklan 1 kohdan c ja d alakohdan mukaisia sääntöjä.“

2. Finland wendet die Bestimmungen des Artikels 6 Absatz 1 Buchstaben c und d des Protokolls nicht an.“

Frankreich hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 4. August 2000 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

«En application de l'article 6 paragraphe 2:

Lorsque les infractions prévues aux articles 2, 3 et 4 du présent protocole sont commises hors du territoire de la République, la France déclare, conformément aux dispositions de l'article 6 paragraphe 2 que la poursuite desdites infractions visant les personnes énumérées à l'article 6 paragraphe 1b, c et d ne pourra être exercée qu'à la requête du ministère public. Cette poursuite devra être précédée d'une plainte de la victime ou de ses ayants droits ou d'une dénonciation officielle par l'autorité du pays où le fait a été commis.»

„In Anwendung von Artikel 6 Absatz 2:

Hinsichtlich der Fälle, in denen die in den Artikel 2, 3 und 4 dieses Protokolls genannten Straftaten außerhalb des Hoheitsgebiets der Französischen Republik begangen werden, erklärt Frankreich gemäß Artikel 6 Absatz 2, dass die Strafverfolgung dieser Straftaten im Zusammenhang mit den in Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b, c und d genannten Personen nur auf Antrag der Staatsanwaltschaft erfolgen kann. Die Strafverfolgung kann nur auf vorherige Klage des Opfers oder seiner Rechtsnachfolger oder eine offizielle Anzeige durch die Behörde des Landes erfolgen, in dem die Straftat begangen worden ist.“

Italien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 19. Juli 2002 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„In relazione all’articolo 6, paragrafo 2, del primo Protocollo fatto a Dublino il 27 settembre 1996, si dichiara che l’Italia applicherà senza riserva le regole di competenza previste nelle lettere a) e d) dell’articolo 6, paragrafo 1, del Primo Protocollo Convenzione P. I. F., mentre applicherà le regole di cui alle lettere b) e c) alle condizioni attualmente previste dagli articoli 7, 9 e 10 del Codice Penale italiano.“

„In Bezug auf Artikel 6 Absatz 2 des am 27. September 1996 in Dublin unterzeichneten ersten Protokolls erklärt Italien, dass es die Zuständigkeitsregeln nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben a und d des ersten Protokolls zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen vorbehaltlos anwenden wird, während die Bestimmungen nach den Buchstaben b und c nach Maßgabe der derzeitigen Vorschriften der Artikel 7, 9 und 10 des italienischen Strafgesetzbuchs angewendet werden.“

Litauen hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 28. Mai 2004 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

“And whereas, pursuant to paragraph 2 of Article 6 of the Protocol adopted on 27 September 1996 the Seimas of the Republic of Lithuania declares that the Republic of Lithuania does not apply the jurisdiction rules provided for in subparagraphs c and d of paragraph 1 of Article 6 of this Protocol.”

„Der Seimas der Republik Litauen erklärt gemäß Artikel 6 Absatz 2 des am 27. September 1996 angenommenen Protokolls, dass die Republik Litauen die Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben c und d dieses Protokolls nicht anwendet.“

Luxemburg hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 17. Mai 2001 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

«Le Grand-Duché de Luxembourg déclare que, sauf les cas couverts par l’article 6, paragraphe premier du protocole établi sur la base de l’article K.3 du traité sur l’Union européenne, à la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes, en son point a), il n’appliquera les règles de compétence visées aux points b), c) et d) de la même disposition du protocole qu’à la condition que l’auteur de l’infraction ait la nationalité luxembourgeoise.»

„Das Großherzogtum Luxemburg erklärt, dass abgesehen von den Fällen, die unter Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a des aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union ausgearbeiteten Protokolls zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften fallen, es die Gerichtsbarkeitsbestimmungen unter Buchstabe b, c und d von Artikel 6 Absatz 1 nur dann anwendet, wenn der Täter die luxemburgische Staatsangehörigkeit besitzt.“

Die Niederlande haben bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 28. März 2002 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„De Nederlandse regering verklaart dat met betrekking tot artikel 6, eerste lid, door Nederland rechtsmacht kan worden uitgeoefend in de volgende gevallen:

onderdeel a:

ter zake van het strafbare feit dat geheel of gedeeltelijk op Nederlands grondgebied wordt gepleegd;

onderdeel b:

ter zake van het overeenkomstig artikel 2 strafbaar gestelde feit, ten aanzien van Nederlandse ambtenaren en voorts ten aanzien van Nederlanders die geen Nederlands ambtenaar zijn voor zover daarop door de wet van het land waar het feit begaan is, straf is gesteld,

ter zake van de overeenkomstig de artikelen 3 en 4 strafbaar gestelde feiten, ten

„Die niederländische Regierung erklärt, dass die Niederlande in Bezug auf Artikel 6 Absatz 1 in den nachstehenden Fällen die Gerichtsbarkeit ausüben können:

Buchstabe a:

im Falle einer Straftat, die ganz oder teilweise im niederländischen Hoheitsgebiet begangen worden ist;

Buchstabe b:

im Falle einer Straftat nach Artikel 2, wenn es sich um niederländische Beamte handelt, und ferner, wenn es sich um niederländische Staatsangehörige handelt, die keine Beamten sind, soweit die Handlung nach den Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie begangen wurde, unter Strafe gestellt ist;

im Falle von Straftaten nach den Artikeln 3 und 4, wenn es sich um niederländische

aanzien van zowel Nederlanders als Nederlandse ambtenaren voor zover daarop door de wet van het land waar het feit begaan is, straf is gesteld;

onderdeel c:

ten aanzien van Nederlanders voor zover op het strafbare feit door de wet van het land waar het begaan is, straf is gesteld;

onderdeel d:

ten aanzien van personen in de openbare dienst van een in Nederland gevestigde instelling van de Europese Gemeenschappen of van een in Nederland gevestigde overeenkomstig de Verdragen tot oprichting van de Europese Gemeenschappen ingesteld orgaan voor zover op het strafbare feit door de wet van het land waar het begaan is, straf is gesteld.“

Staatsangehörige und niederländische Beamte handelt, soweit die Handlung nach den Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie begangen wurde, unter Strafe gestellt ist;

Buchstabe c:

wenn es sich um niederländische Staatsangehörige handelt, soweit die Handlung nach den Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie begangen wurde, unter Strafe gestellt ist;

Buchstabe d:

wenn es sich um Bedienstete eines Organs der Europäischen Gemeinschaften mit Sitz in den Niederlanden oder einer gemäß den Verträgen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften geschaffenen Einrichtung mit Sitz in den Niederlanden handelt, soweit die Handlung nach den Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie begangen wurde, unter Strafe gestellt ist.“

Österreich hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 21. Mai 1999 folgende Erklärung abgegeben:

„Die Republik Österreich erklärt gemäß Art. 6 Abs. 2 des Protokolls, durch Art. 6 Abs. 1 lit. b des Protokolls im Hinblick auf Taten eigener Staatsangehöriger nur dann gebunden zu sein, wenn die Tat auch in dem Land strafbar ist, in dem sie begangen wurde.“

Portugal hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 15. Januar 2001 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

- |   |  |
|---|--|
| <p>„Declara que:</p> <p>a) Só aplicará a regra de competência da alínea b) do n.º1 do artigo 6.º do Protocolo se:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– o autor do crime for encontrado em Portugal;</li> <li>– os factos cometidos forem puníveis também pela legislação do lugar em que tiverem sido praticados salvo se nesse lugar não se exercer poder punitivo;</li> <li>– constituírem para além disso crimes que admitem a extradição e esta não possa ser concedida.</li> </ul> <p>b) Não aplicará a regra da competência da alínea b) do n.º1 do artigo 6.º do Protocolo, se o autor do crime não tiver a nacionalidade portuguesa, embora deva ser considerado funcionário, para efeitos penais, segundo a lei interna portuguesa;</p> <p>c) Não aplicará as regras de competência das alíneas c) e d) do n.º1 do artigo 6.º do Protocolo.“</p> | <p>„Portugal erklärt, dass es</p> <p>a) die Bestimmung über die Zuständigkeit nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b des Protokolls nur anwendet, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– sich der Täter in Portugal aufhält;</li> <li>– die Straftaten auch nach den Rechtsvorschriften des Ortes, an dem sie begangen wurden, strafbar sind, es sei denn, dort wird keine Strafgewalt ausgeübt;</li> <li>– die begangenen Straftaten zudem auslieferungsfähig sind, die Auslieferung jedoch nicht gewährt werden kann;</li> </ul> <p>b) die Bestimmung über die Zuständigkeit nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b des Protokolls nicht anwendet, wenn der Täter nicht die portugiesische Staatsangehörigkeit besitzt, auch wenn er nach portugiesischem Recht zu strafrechtlichen Zwecken als Beamter zu betrachten ist;</p> <p>c) die Bestimmung über die Zuständigkeit nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben c und d des Protokolls nicht anwendet.“</p> |
|---|--|

Schweden hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 10. Juni 1999 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

- |   |   |
|---|---|
| <p>„Jag förklarar vidare, att Sverige, enligt artikel 6, punkten 2 i protokollet</p> <p>a) inte ämnar utöva domsrätt på den grunden att brottet begåtts gentemot en</p> | <p>„Ferner erkläre ich, dass Schweden gemäß Artikel 6 Absatz 2 des Protokolls</p> <p>a) nicht beabsichtigt, seine Gerichtsbarkeit in den Fällen auszuüben, in denen</p> |
|---|---|



gemenskapstjänsteman enligt artikel 1 eller gentemot en ledamot av de institutioner som avses i artikel 4, punkten 2, och som är medborgare i Sverige (artikel 6, punkten 1 c), och

b) inte ämnar utöva domsrätt på den grunden att gärningsmannen är gemenskapstjänsteman vid en institution eller ett organ med säte i Sverige (artikel 6, punkten 1 d).“

sich die Straftat gegen einen Gemeinschaftsbeamten gemäß Artikel 1 oder ein Mitglied der in Artikel 4 Absatz 2 genannten Einrichtungen gerichtet hat, das die schwedische Staatsbürgerschaft besitzt (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c);

b) nicht beabsichtigt, seine Gerichtsbarkeit in den Fällen auszuüben, in denen der Täter Gemeinschaftsbeamter eines Organs oder einer Einrichtung ist, die ihren Sitz in Schweden hat (Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe d).“

Die Slowakei hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 30. September 2004 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„The Slovak Republic declares that it shall not apply the rule according to the art. 6 (1) c of the Protocol.“

„Die Slowakische Republik erklärt, dass sie die Bestimmung über die Zuständigkeit nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c des Protokolls nicht anwendet.“

Das Vereinigte Königreich hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 11. Oktober 1999 folgenden Vorbehalt angebracht:

(Übersetzung)

„... the United Kingdom will not apply the jurisdiction rules laid down in paragraph 1(b), (c) and (d) of Article 6.“

„... , dass das Vereinigte Königreich die Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben b, c und d nicht anwendet.“

#### IV.

Erklärungen zum Protokoll vom 29. November 1996 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union betreffend die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften im Wege der Vorabentscheidung

Die Bundesrepublik Deutschland hat bei Unterzeichnung des Protokolls am 29. November 1996 folgende Erklärung abgegeben:

„Die Bundesrepublik Deutschland erkennt die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften nach Maßgabe des Artikels 2 Absatz 2 Buchstabe b an. Die Bundesrepublik Deutschland behält sich das Recht vor, in ihrem innerstaatlichen Recht eine Bestimmung vorzusehen, wonach ein nationales Gericht, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, verpflichtet ist, den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften anzurufen, wenn eine Frage im Zusammenhang mit der Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften oder des Protokolls zu diesem Übereinkommen in einem schwebenden Verfahren auftritt.“

Belgien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 12. März 2002 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„Het Koninkrijk België verklaart de bevoegdheid van het Hof van Justitie van de Europese Gemeenschappen op de in artikel 2 vastgestelde wijze te aanvaarden, onder de voorwaarden bepaald in artikel 2, lid 2, onder b).“

„Das Königreich Belgien erklärt, dass es die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften nach den in Artikel 2 festgelegten Modalitäten nach Maßgabe von Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b annimmt.“

Dänemark hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 2. Oktober 2000 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„Erklæring: I henhold til artikel 2, stk. 1, accepterer Danmark, at De Europæiske Fællesskabers Domstol har kompetence til at træffe præjudiciel afgørelse om for-

„Dänemark erkennt nach Artikel 2 Absatz 1 die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften für die Auslegung des Übereinkommens über den

tolkningen af konventionen om beskyttelse af De Europæiske Fællesskabers finansielle interesser og af første protokol til denne konvention på betingelserne i artikel 2, stk. 2, litra b. En retsinstans i Danmark kan således anmode De Europæiske Fællesskabers Domstol om at træffe præjudicielle afgørelse vedrørende et spørgsmål, der er rejst i en for retsinstansen verserende sag, og som angår fortolkningen af konventionen om beskyttelse af De Europæiske Fællesskabers finansielle interesser og af første protokol til denne konvention, når den pågældende retsinstans skønner, at en afgørelse vedrørende dette spørgsmål er nødvendig for at kunne træffe afgørelse.“

Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften und des ersten Protokolls zu diesem Übereinkommen im Wege der Vorabentscheidung nach Maßgabe von Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b an. Jedes Gericht in Dänemark kann somit dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften eine Frage, die sich bei ihm in einem schwebenden Verfahren stellt und die sich auf die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften und des ersten Protokolls zu diesem Übereinkommen bezieht, zur Vorabentscheidung vorlegen, wenn es eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich hält.“

Finnland hat bei Unterzeichnung des Protokolls am 29. November 1996 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„Suomen tasavalta hyväksyy Euroopan yhteisöjen tuomioistuimen toimivallan 2 artiklan 2 kohdan b alakohdassa määrättyjen sääntöjen mukaisesti.“

„Die Republik Finnland erkennt die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften nach Maßgabe des Artikels 2 Absatz 2 Buchstabe b an.“

Frankreich hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 4. August 2000 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

«Conformément à la déclaration faite par la France le 14 mars 2000 en application de l'article 35 du traité de l'Union européenne, la République française déclare accepter la compétence de la Cour de Justice des Communautés européennes pour statuer, à titre préjudiciel, sur l'interprétation de la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes et du premier protocole à cette convention, dans les conditions prévues au paragraphe 2b) de l'article 2 de cet accord.»

„Gemäß der Erklärung, die Frankreich am 14. März 2000 in Anwendung des Artikels 35 des Vertrags über die Europäische Union abgegeben hat, erklärt die Französische Republik, dass sie die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften für die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften und des ersten Protokolls zu diesem Übereinkommen im Wege der Vorabentscheidung nach Maßgabe von Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b anerkennt.“

Griechenland hat bei Unterzeichnung am 29. November 1996 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„Η Ελληνική Δημοκρατία επιφυλάσσει τον δικαίωμα να προβλέψει στην εσωτερική της νομοθεσία ότι οσάκις ανακύπτει ζήτημα ερμηνείας της σύμβασης για την προστασία των οικονομικών συμφερόντων των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων και του πρώτου πρωτοκόλλου της σε υπόθεση εκκρεμούσα ενώπιον εθνικού δικαστηρίου του οποίου οι αποφάσεις δεν υπόκεινται σε ένδικα μέσα του εσωτερικού δικαίου, το δικαστήριο αυτό είναι υποχρεωμένο να παραπέμψει το ζήτημα στο Δικαστήριο των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων.“

„Die Griechische Republik behält sich das Recht vor, in ihrem innerstaatlichen Recht eine Bestimmung vorzusehen, wonach ein nationales Gericht, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, verpflichtet ist, den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften anzurufen, wenn eine Frage im Zusammenhang mit der Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften oder des Protokolls zu diesem Übereinkommen in einem schwebenden Verfahren auftritt.“

Griechenland hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 26. Juli 2000 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„Σύμφωνα με την παράγραφο 1 του άρθρου 2 του συνημμένου στη σύμβαση Πρωτοκόλλου της 29.11.1996, η Ελλάδα δέχεται την οριζόμενη σε αυτό

„Griechenland erklärt gemäß Artikel 2 Absatz 1 des dem Übereinkommen beigefügten Protokolls vom 29. November 1996, dass es die in dieser Bestimmung festge-

αρμοδιότητα του Δικαστηρίου των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων υπό τις προϋποθέσεις του στοιχείου β της παραγράφου 2 του άρθρου 2 του εν λόγω πρωτοκόλλου.“

legte Zuständigkeit des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften gemäß den Bedingungen nach Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b des genannten Protokolls anerkennt.“

Irland hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 3. Juni 2002 folgende Erklärung abgegeben:

*(Übersetzung)*

„Ireland hereby declares pursuant to Article 2.1 of the abovementioned Protocol that it accepts the jurisdiction of the Court of Justice of the European Communities to give preliminary rulings on the interpretation of the Convention on the Protection of the European Communities' Financial Interests and the First Protocol to that Convention under the conditions specified in Article 2.2 (a) of the said Protocol, namely that any court or tribunal of Ireland against whose decisions there is no judicial remedy under national law may request Court of Justice of the European Communities to give a preliminary ruling on a question raised in a case pending before it and concerning the interpretation of the Convention on the Protection of the European Communities' Financial Interests and the First Protocol thereto if that court or tribunal considers that a decision on the question is necessary to enable it to give judgement.“

„Hiermit erklärt Irland nach Artikel 2 Absatz 1 des genannten Protokolls, dass es die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften für die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften und des ersten Protokolls zu diesem Übereinkommen im Wege der Vorabentscheidung nach Maßgabe von Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a des genannten Protokolls anerkennt, dass also jedes Gericht Irlands, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften eine Frage, die sich bei ihm in einem schwebenden Verfahren stellt und die sich auf die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften und des ersten Protokolls zu diesem Übereinkommen bezieht, zur Vorabentscheidung vorlegen kann, wenn es eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich hält.“

Italien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 19. Juli 2002 folgende Erklärung abgegeben:

*(Übersetzung)*

„In relazione all'articolo 2, paragrafo 1 del Protocollo concernente l'interpretazione in via pregiudiziale, da parte della Corte di Giustizia delle Comunità europee, della Convenzione sulla tutela degli interessi finanziari, con annessa dichiarazione, fatto a Bruxelles il 29 novembre 1996, si dichiara che l'Italia accetta la competenza della Corte di Giustizia delle Comunità europee a pronunciarsi, in via pregiudiziale, sull'interpretazione della Convenzione relativa alla tutela degli interessi finanziari delle Comunità europee e del primo Protocollo alle condizioni definite al paragrafo 2, lettera b).“

„In Bezug auf Artikel 2 Absatz 1 des am 29. November 1996 in Brüssel unterzeichneten Protokolls betreffend die Auslegung des Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften im Wege der Vorabentscheidung mit beigefügter Erklärung erklärt Italien, dass es die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften für die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften und des ersten Protokolls nach Maßgabe des Absatzes 2 Buchstabe b akzeptiert.“

Lettland hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 31. August 2004 folgende Erklärung abgegeben:

*(Übersetzung)*

„In accordance with paragraph 2(a) of Article 2 of the Protocol drawn up on the basis of Article K.3 of the Treaty on European Union, on the interpretation, by way of preliminary rulings, by the Court of Justice of the European Communities of the Convention on the protection of the European Communities' financial interests, Declaration concerning the simultaneous adoption of the Convention on the protection of the European Communities' financial interests

„Die Republik Lettland erklärt im Einklang mit Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a des Protokolls aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union betreffend die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften im Wege der Vorabentscheidung, der Erklärung zur gleichzeitigen Annahme des Übereinkommens über den Schutz der

and the Protocol on the interpretation by way of preliminary rulings, by the Court of Justice of the European Communities, of that Convention, and Declaration made pursuant to Article 2, the Republic of Latvia declares that any court of the Republic of Latvia against whose decision there is no juridical remedy under national law may request the Court of Justice of the European Communities to give a preliminary ruling on a question raised in a case pending before it and concerning the interpretation of the Convention on the protection of the Communities' financial interests and the first Protocol thereto if that court considers that decision on the question is necessary to enable it to give judgment."

finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften und des Protokolls betreffend die Auslegung dieses Übereinkommens durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften im Wege der Vorabentscheidung und der Erklärung gemäß Artikel 2, dass jedes Gericht der Republik Lettland, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften eine Frage, die sich bei ihm in einem schwebenden Verfahren stellt und die sich auf die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften und des ersten Protokolls zu diesem Übereinkommen bezieht, zur Vorabentscheidung vorlegen kann, wenn es eine Entscheidung darüber zum Erlass seines Urteils für erforderlich hält."

Litauen hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 28. Mai 2004 folgende Erklärung abgegeben:

*(Übersetzung)*

"And whereas, pursuant to paragraph 1 of Article 2 of the Protocol adopted on 29 November 1996, the Seimas of the Republic of Lithuania declares that the Republic of Lithuania recognizes the jurisdiction of the Court of Justice of the European Communities to give preliminary rulings on the interpretation of the Convention and the Protocol adopted on 27 of September 1996 pursuant to the conditions specified in subparagraph b of paragraph 2 of Article 2."

„Der Seimas der Republik Litauen erklärt gemäß Artikel 2 Absatz 1 des am 29. November 1996 angenommenen Protokolls, dass die Republik Litauen die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften für die Auslegung des Übereinkommens und des am 27. September 1996 angenommenen Protokolls im Wege der Vorabentscheidung nach Maßgabe von Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b anerkennt.“

Luxemburg hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 17. Mai 2001 folgende Erklärung abgegeben:

*(Übersetzung)*

«Le Grand Duché de Luxembourg accepte la compétence de la Cour de Justice des Communautés européennes selon les modalités prévues à l'article 2, paragraphe 2, point b) du protocole établi sur la base de l'article K.3 du Traité de l'Union européenne, concernant l'interprétation, à titre préjudiciel, par la Cour de Justice des Communautés européennes, de la convention relative à la protection des intérêts financiers des Communautés européennes.»

„Das Großherzogtum Luxemburg anerkennt die Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften gemäß Modalitäten des Artikels 2 Absatz 2 Buchstabe b des aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union ausgearbeiteten Protokolls betreffend die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften im Wege der Vorabentscheidung.“

Die Niederlande haben bei Unterzeichnung dieses Protokolls am 29. November 1996 folgende Erklärung abgegeben:

*(Übersetzung)*

„Het Koninkrijk der Nederlanden aanvaardt de bevoegdheid van het Hof van Justitie van de Europese Gemeenschappen op de in artikel 2, lid 2, onder b) vastgestelde wijze. Het Koninkrijk der Nederlanden behoudt zich het recht voor, in hun interne wetgeving te bepalen dat, wanneer een vraag die betrekking heeft op de uitlegging van de Overeenkomst aangaande de bescherming van de financiële belangen van de Europese Gemeenschappen en het eerste protocol daarbij aan de orde komt in een zaak die aanhangig is bij een nationale rechterlijke instantie waarvan de beslissin-

„Das Königreich der Niederlande erkennt die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften nach Maßgabe des Artikels 2 Absatz 2 Buchstabe b an. Das Königreich der Niederlande behält sich das Recht vor, in seinem innerstaatlichen Recht eine Bestimmung vorzusehen, wonach ein nationales Gericht, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, verpflichtet ist, den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften anzurufen, wenn eine Frage im Zusammenhang mit der Auslegung des

gen volgens het nationale recht niet vatbaar zijn voor hoger beroep, deze instantie de zaak bij het Hof van Justitie van de Europese Gemeenschappen aanhangig moet maken.“

Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften oder des Protokolls zu diesem Übereinkommen in einem schwebenden Verfahren auftritt.“

Österreich hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 21. Mai 1999 folgende Erklärung abgegeben:

„Die Republik Österreich anerkennt die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften nach Maßgabe des Artikels 2 Absatz 2 Buchstabe b und die Republik Österreich behält sich das Recht vor, in ihrem innerstaatlichen Recht eine Bestimmung vorzusehen, wonach ein nationales Gericht, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, verpflichtet ist, den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften anzurufen, wenn eine Frage im Zusammenhang mit der Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften oder des Protokolls zu diesem Übereinkommen in einem schwebenden Verfahren auftritt.“

Portugal hat bei Unterzeichnung des Protokolls am 29. November 1996 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„A República Portuguesa declara aceitar a competência do Tribunal de Justiça das Comunidades Europeias de acordo com as regras previstas na alínea a) do nº2 do artigo 2º do Protocolo.“

„Die Portugiesische Republik erklärt, die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften nach Maßgabe des Artikels 2 Absatz 2 Buchstabe a anzuerkennen.“

Schweden hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 10. Juni 1999 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„Förklarar jag härmed, enligt artikel 2, punkt 1 och 2 b i protokollet att svenska domstolar ges möjlighet att inhämta förhandsavgöranden från EG-domstolen om tolkningen av konventionen om skydd av Europeiska gemenskapernas finansiella intressen och det första protokollet till konventionen. Denna möjlighet skall inte begränsas till domstolar i sista instans.“

„Ferner erkläre ich gemäß Artikel 2 Absätze 1 und 2, dass die schwedischen Gerichte die Möglichkeit erhalten, den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften um Vorabentscheidungen betreffend die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften und des ersten Protokolls zu diesem Übereinkommen zu ersuchen. Diese Möglichkeit wird nicht auf Gerichte beschränkt, die letztinstanzlich entscheiden.“

Die Slowakei hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 30. September 2004 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

“The Slovak Republic declares that it shall recognise the jurisdiction of the Court of Justice of the European Communities to give a preliminary ruling concerning the interpretation of the Convention on the Protection of the European Communities' Financial Interests and the Protocol hereto with the specification according to the conditions laid down in the art. 2 (2) a of the Protocol on the Interpretation of the Convention on the Protection of the European Communities' Financial Interests, by way of preliminary rulings, by the Court of Justice of the European Communities.”

„Die Slowakische Republik erklärt, dass sie die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften für die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften und des Protokolls zu diesem Übereinkommen im Wege der Vorabentscheidung nach Maßgabe von Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a des Protokolls betreffend die Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften im Wege der Vorabentscheidung anerkennt.“

Spanien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 20. Januar 2000 folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

„Primera:

De conformidad con lo prevenido en el artículo 2.1. España declara aceptar la competencia del Tribunal de Justicia de las Comunidades Europeas, para pronunciarse con carácter prejudicial en las condiciones expuestas en el artículo 2.2.a).

Segunda:

España se reserva el derecho de prever en su legislación interna que cuando se plante una cuestión relativa a la interpretación del Convenio sobre protección de los intereses financieros de las Comunidades Europeas, ante un Tribunal cuyas decisiones no sean susceptibles de un recurso judicial en el derecho interno, dicha jurisdicción está obligada a plantear la cuestión prejudicial.”

„Erstens

Spanien erklärt im Einklang mit Artikel 2 Absatz 1, dass es die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften für Vorabentscheidungen nach Maßgabe von Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a anerkennt.

Zweitens

Spanien behält sich das Recht vor, in seinem innerstaatlichen Recht eine Bestimmung vorzusehen, wonach ein nationales Gericht, dessen Entscheidungen selbst nicht mehr mit Rechtsmitteln des innerstaatlichen Rechts angefochten werden können, verpflichtet ist, den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften um eine Vorabentscheidung zu ersuchen, wenn sich bei ihm eine Frage im Zusammenhang mit der Auslegung des Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften stellt.“

Berlin, den 27. April 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen**

**Vom 8. Mai 2007**

Das Übereinkommen vom 15. Dezember 1960 gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen (BGBl. 1968 II S. 385, 386) ist nach seinem Artikel 14 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Jamaika	am 16. Juni 2006
Simbabwe	am 30. August 2006.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. November 2004 (BGBl. II S. 1682).

Berlin, den 8. Mai 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen  
für Erziehung, Wissenschaft und Kultur**

**Vom 8. Mai 2007**

Die Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur vom 16. November 1945 (BGBl. 1971 II S. 471; 1978 II S. 987; 1979 II S. 419; 1983 II S. 475) ist nach ihrem Artikel XV Abs. 3 für

Montenegro am 1. März 2007  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. September 2004 (BGBl. II S. 1519).

Berlin, den 8. Mai 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

---

**Bekanntmachung  
des deutsch-guatemalteckischen Abkommens  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 10. Mai 2007**

Das in Guatemala-Stadt am 18. Januar 2007 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guatemala über Finanzielle Zusammenarbeit 2004 (Vorhaben „Ländliche Primarschulbildung“) ist nach seinem Artikel 6

am 28. März 2007  
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. Mai 2007

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
Ingrid-Gabriela Hoven

## Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guatemala über Finanzielle Zusammenarbeit 2004

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Republik Guatemala –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guatemala,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Guatemala beizutragen,

unter Bezugnahme auf die in Guatemala-Stadt erfolgten Regierungsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guatemala über die Finanzielle und Technische Zusammenarbeit vom 6. bis 8. Oktober 2004 –

sind wie folgt übereingekommen:

### Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Guatemala und beziehungsweise oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 6 000 000,- EUR (in Worten: sechs Millionen Euro) für das Vorhaben „Ländliche Primarschulbildung“ zu erhalten, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass es als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.

(2) Kann bei dem in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Guatemala, von der KfW für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guatemala durch ein anderes Vorhaben ersetzt werden. Wird das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des

Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Guatemala zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, Darlehen oder weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(5) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 4 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

### Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Verträge geschlossen wurden. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2012.

(2) Die Regierung der Republik Guatemala, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

### Artikel 3

Die Regierung der Republik Guatemala stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Republik Guatemala erhoben werden.

### Artikel 4

Die Regierung der Republik Guatemala überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Ver-



kehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

#### Artikel 5

(1) Der im Abkommen vom 18. April 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Guatemala über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben „Ländliches Basisgesundheitsprogramm“) vorgesehene Finanzierungsbeitrag in Höhe von 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark, nachrichtlich: 5 112 918,81 EUR) wird mit einem Betrag von 253 322,24 EUR (in Worten: zweihun-

dertdreiundfünfzigtausenddreihundertzweiundzwanzig Euro und vierundzwanzig Cent) reprogrammiert und zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 erwähnte Vorhaben „Ländliche Primarschulbildung“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

#### Artikel 6

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Guatemala der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Guatemala-Stadt am 18. Januar 2007 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Claude-Robert Ellner

Für die Regierung der der Republik Guatemala

Gert Rosenthal Koenigsberger

---

**Bekanntmachung  
über das Außerkrafttreten  
des Abkommens vom 4. Juli 1976  
zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie  
der Bundesrepublik Deutschland  
und der Iranischen Atomenergieorganisation  
über Zusammenarbeit auf den Gebieten  
der friedlichen Verwendung der Kernenergie**

**Vom 11. Mai 2007**

Nach Artikel 12 Abs. 2 des Abkommens vom 4. Juli 1976 zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland und der Iranischen Atomenergieorganisation über Zusammenarbeit auf den Gebieten der friedlichen Verwendung der Kernenergie (BGBl. 1978 II S. 284) hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland das Abkommen am 19. November 2006 gekündigt.

Es tritt demnach mit Ablauf des

21. November 2007

außer Kraft.

Bonn, den 11. Mai 2007

Bundesministerium  
für Bildung und Forschung  
Im Auftrag  
Dr. Matthes

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Zweiten Fakultativprotokolls zu dem Internationalen Pakt  
über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe**

**Vom 14. Mai 2007**

Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Zweite Fakultativprotokoll vom 15. Dezember 1989 zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe (BGBl. 1992 II S. 390) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 16. November 2006 (BGBl. II S. 1287).

Berlin, den 14. Mai 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens  
zur Errichtung eines Europäischen Laboratoriums für Molekularbiologie**

**Vom 15. Mai 2007**

Das Übereinkommen vom 10. Mai 1973 zur Errichtung eines Europäischen Laboratoriums für Molekularbiologie (BGBl. 1973 II S. 1005) ist nach seinem Artikel XV Abs. 4 Buchstabe c für

Island am 26. Februar 2007  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 26. Januar 1994 (BGBl. II S. 326).

Berlin, den 15. Mai 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1979  
über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung**

**Vom 15. Mai 2007**

Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Übereinkommen vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (BGBl. 1982 II S. 373) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 30. Januar 2006 (BGBl. II S. 159).

Berlin, den 15. Mai 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

---

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten  
des deutsch-französischen Abkommens  
über den Bau einer Eisenbahnbrücke  
über den Rhein bei Kehl**

**Vom 16. Mai 2007**

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 15. Januar 2007 zu dem Abkommen vom 14. März 2006 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Bau einer Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Kehl (BGBl. 2007 II S. 2) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 2

am 1. Juni 2007

in Kraft treten wird.

Die französische Ratifikationsurkunde wurde am 27. April 2007 in Berlin, die deutsche Ratifikationsurkunde wurde am 30. April 2007 in Paris übergeben.

Berlin, den 16. Mai 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten  
des deutsch-indonesischen Abkommens  
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz  
von Kapitalanlagen**

**Vom 16. Mai 2007**

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 4. Mai 2005 zu dem Abkommen vom 14. Mai 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Indonesien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 2005 II S. 514) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 1

am 2. Juni 2007

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden wurden am 3. Mai 2007 in Jakarta ausgetauscht.

Berlin, den 16. Mai 2007

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Georg Witschel

---

**Bekanntmachung  
der Änderung des Anhangs  
zu dem Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping**

**Vom 21. Juni 2007**

Die Beobachtende Begleitgruppe zum Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping (BGBl. 1994 II S. 334) hat die Änderung des Anhangs des Übereinkommens beschlossen. Die Änderung ist am 1. Januar 2007 in Kraft getreten und wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 21. Februar 2006 (BGBl. II S. 421).

Berlin, den 21. Juni 2007

Bundesministerium des Innern  
Im Auftrag  
Moog

## Annex to the Anti-Doping Convention<sup>1)</sup> (ETS No. 135)

### The 2007 Prohibited List

### World Anti-Doping Code

**Date of entry into force: 1 January 2007.**

The use of any drug should be limited to medically justified indications

### Substances and methods prohibited at all times (in- and out-of-competition)

#### Prohibited substances

#### S1. Anabolic agents

Anabolic agents are prohibited.

##### 1. Anabolic Androgenic Steroids (AAS)

###### a. Exogenous\*) AAS, including:

1-androstendiol (5 $\alpha$ -androst-1-ene-3 $\beta$ ,17 $\beta$ -diol); 1-androstendione (5 $\alpha$ -androst-1-ene-3,17-dione); bolandiol (19-norandrostenediol); bolasterone; boldenone; boldione (androsta-1,4-diene-3,17-dione); calusterone; clostebol; danazol (17 $\alpha$ -ethynyl-17 $\beta$ -hydroxyandrost-4-eno[2,3-d]isoxazole); dehydrochlormethyltestosterone (4-chloro-17 $\beta$ -hydroxy-17 $\alpha$ -methylandrosta-1,4-dien-3-one); desoxymethyltestosterone (17 $\alpha$ -methyl-5 $\alpha$ -androst-2-en-17 $\beta$ -ol); drostanolone; ethylestrenol (19-nor-17 $\alpha$ -pregn-4-en-17-ol); fluoxymesterone; formebolone; furazabol (17 $\beta$ -hydroxy-17 $\alpha$ -methyl-5 $\alpha$ -androstan[2,3-c]-furazan); gestrinone; 4-hydroxytestosterone (4,17 $\beta$ -dihydroxyandrost-4-en-3-one); mestanolone; mesterolone; metenolone; methandienone (17 $\beta$ -hydroxy-17 $\alpha$ -methylandrosta-1,4-dien-3-one); methandriol; methasterone (2 $\alpha$ , 17 $\alpha$ -dimethyl-5 $\alpha$ -androstan-3-one-17 $\beta$ -ol); methyldienolone (17 $\beta$ -hydroxy-17 $\alpha$ -methylestra-4,9-dien-3-one); methyl-1-testosterone (17 $\beta$ -hydroxy-17 $\alpha$ -methyl-5 $\alpha$ -androst-1-en-3-one); methylnortestosterone (17 $\beta$ -hydroxy-17 $\alpha$ -methylestr-4-en-3-one); methyltrienolone (17 $\beta$ -hydroxy-17 $\alpha$ -methylestra-4,9,11-trien-3-one); methyltestosterone; mibolerone; nandrolone; 19-norandrostenedione (estr-4-ene-3,17-dione); norboletone; norclostebol; norethandrolone; oxabolone; oxandrolone; oxymesterone; oxymetholone; prostanozol ((3,2-c]pyrazole-5 $\alpha$ -etioallocholane-17 $\beta$ -tetrahydropyranol); quinbolone; stanozolol; stenbolone; 1-testosterone (17 $\beta$ -hydroxy-5 $\alpha$ -androst-1-en-3-one); tetrahydrogestrinone (18 $\alpha$ -homopregna-4,9,11-trien-17 $\beta$ -ol-3-one); trenbolone and other substances with a similar chemical structure or similar biological effect(s).

###### b. Endogenous\*\*) AAS:

androstenediol (androst-5-ene-3 $\beta$ ,17 $\beta$ -diol); androstenedione (androst-4-ene-3,17-dione); dihydrotestosterone (17 $\beta$ -hydroxy-5 $\alpha$ -androstan-3-one); prasterone (dehydroepiandrosterone, DHEA); testosterone and the following metabolites and isomers:

5 $\alpha$ -androstan-3 $\alpha$ ,17 $\alpha$ -diol; 5 $\alpha$ -androstan-3 $\alpha$ ,17 $\beta$ -diol; 5 $\alpha$ -androstan-3 $\beta$ ,17 $\alpha$ -diol; 5 $\alpha$ -androstan-3 $\beta$ ,17 $\beta$ -diol; androst-4-ene-3 $\alpha$ ,17 $\alpha$ -diol; androst-4-ene-3 $\alpha$ ,17 $\beta$ -diol; androst-4-ene-3 $\beta$ ,17 $\alpha$ -diol; androst-5-ene-3 $\alpha$ ,17 $\alpha$ -diol; androst-5-ene-3 $\alpha$ ,17 $\beta$ -diol; androst-5-ene-3 $\beta$ ,17 $\alpha$ -diol; 4-androstenediol (androst-4-ene-3 $\beta$ ,17 $\beta$ -diol); 5-androstenedione (androst-5-ene-3,17-dione); epi-dihydrotestosterone; 3 $\alpha$ -hydroxy-5 $\alpha$ -androstan-17-one; 3 $\beta$ -hydroxy-5 $\alpha$ -androstan-17-one; 19-norandrosterone; 19-noretiocholanolone.

Where an anabolic androgenic steroid is capable of being produced endogenously, a Sample will be deemed to contain such Prohibited Substance where the concentration of such Prohibited Substance or its metabolites or markers and/or any other relevant ratio(s) in the Athlete's Sample so deviates from the range of values normally found in humans that it is unlikely to be consistent with normal endogenous production. A Sample shall not be deemed to contain a Prohibited Substance in any such case where an Athlete proves that the concentration of the Prohibited Substance or its metabolites or markers and/or the relevant ratio(s) in the Athlete's Sample is attributable to a physiological or pathological condition.

In all cases, and at any concentration, the Athlete's sample will be deemed to contain a Prohibited Substance and the laboratory will report an Adverse Analytical Finding if, based on any reliable analytical method (e. g. IRMS), the laboratory can show that the Prohibited Substance is of exogenous origin. In such case, no further investigation is necessary.

<sup>1)</sup> Approved by the Monitoring Group at its 24th meeting (Strasbourg, 14–15 November 2006). Previously amended on 1 September 1990, on 24 January 1992, on 1 August 1993, on 1 July 1996, on 1 July 1997, on 15 March 1998, on 15 March 1999, on 31 March 2000, 1 September 2001, on 1 January 2003, on 1 January 2004, 1 January 2005 and on 1 January 2006.

For purposes of this section:

\*) "exogenous" refers to a substance which is not ordinarily capable of being produced by the body naturally.

\*\*) "endogenous" refers to a substance which is capable of being produced by the body naturally.

If a value in the range of levels normally found in humans is reported and the reliable analytical method (e. g. IRMS) has not determined the exogenous origin of the substance, but if there are serious indications, such as a comparison to endogenous reference steroid profiles, of a possible Use of a Prohibited Substance, further investigation shall be conducted by the relevant Anti-Doping Organization by reviewing the results of any previous test(s) or by conducting subsequent test(s), in order to determine whether the result is due to a physiological or pathological condition, or has occurred as a consequence of the exogenous origin of a Prohibited Substance.

When a laboratory has reported a T/E ratio greater than four (4) to one (1) and any reliable analytical method (e. g. IRMS) applied has not determined the exogenous origin of the substance, further investigation may be conducted by a review of previous tests or by conducting subsequent test(s), in order to determine whether the result is due to a physiological or pathological condition, or has occurred as a consequence of the exogenous origin of a Prohibited Substance. If a laboratory reports, using an additional reliable analytical method (e. g. IRMS), that the Prohibited Substance is of exogenous origin, no further investigation is necessary and the Sample will be deemed to contain such Prohibited Substance.

When an additional reliable analytical method (e. g. IRMS) has not been applied and a minimum of three previous test results are not available, a longitudinal profile of the Athlete shall be established by performing a minimum of three no advance notice tests in a period of three months by the relevant Anti-Doping Organization. If the longitudinal profile of the Athlete that is subject to the subsequent tests is not physiologically normal, the result shall be reported as an Adverse Analytical Finding.

In extremely rare individual cases, boldenone of endogenous origin can be consistently found at very low nanograms per milliliter (ng/mL) levels in urine. When such a very low concentration of boldenone is reported by a laboratory and any reliable analytical method (e. g. IRMS) applied has not determined the exogenous origin of the substance, further investigation may be conducted by a review of previous tests or by conducting subsequent test(s). When an additional reliable analytical method (e. g. IRMS) has not been applied, a longitudinal profile of the Athlete shall be established by performing a minimum of three no advance notice tests in a period of three months by the relevant Anti-Doping Organization. If the longitudinal profile of the Athlete who is subject to the subsequent tests is not physiologically normal, the result shall be reported as an Adverse Analytical Finding.

For 19-norandrosterone, an Adverse Analytical Finding reported by a laboratory is considered to be scientific and valid proof of exogenous origin of the Prohibited Substance. In such case, no further investigation is necessary.

Should an Athlete fail to cooperate in the investigations, the Athlete's Sample shall be deemed to contain a Prohibited Substance.

2. Other Anabolic Agents, including but not limited to:  
Clenbuterol, tibolone, zeranol, zilpaterol.

## S2. Hormones and related substances

The following substances, including other substances with a similar chemical structure or similar biological effect(s), and their releasing factors, are prohibited:

1. Erythropoietin (EPO);
2. Growth Hormone (hGH), Insulin-like Growth Factor (e. g. IGF-1), Mechano Growth Factors (MGFs);
3. Gonadotrophins (LH, hCG), prohibited in males only;
4. Insulin;
5. Corticotrophins.

Unless the Athlete can demonstrate that the concentration was due to a physiological or pathological condition, a Sample will be deemed to contain a Prohibited Substance (as listed above) where the concentration of the Prohibited Substance or its metabolites and/or relevant ratios or markers in the Athlete's Sample so exceeds the range of values normally found in humans that it is unlikely to be consistent with normal endogenous production.

If a laboratory reports, using a reliable analytical method, that the Prohibited Substance is of exogenous origin, the Sample will be deemed to contain a Prohibited Substance and shall be reported as an Adverse Analytical Finding.

The presence of other substances with a similar chemical structure or similar biological effect(s), diagnostic marker(s) or releasing factors of a hormone listed above or of any other finding which indicate(s) that the substance detected is of exogenous origin, will be deemed to reflect the use of a Prohibited Substances and shall be reported as an Adverse Analytical Finding.

## S3. Beta-2 agonists

All beta-2 agonists including their D- and L-isomers are prohibited.

As an exception, formoterol, salbutamol, salmeterol and terbutaline, when administered by inhalation, require an abbreviated Therapeutic Use Exemption.

Despite the granting any form of Therapeutic Use Exemption, a concentration of salbutamol (free plus glucuronide) greater than 1 000 ng/mL will be considered an Adverse Analytical Finding unless the athlete proves that the abnormal result was the consequence of the therapeutic use of inhaled salbutamol.

## S4. Agents with anti-estrogenic activity

The following classes of anti-estrogenic substances are prohibited:

1. Aromatase inhibitors including, but not limited to, anastrozole, letrozole, aminoglutethimide, exemestane, formestane, testolactone.
2. Selective Estrogen Receptor Modulators (SERMs) including, but not limited to, raloxifene, tamoxifen, toremifene.
3. Other anti-estrogenic substances including, but not limited to, clomiphene, cyclofenil, fulvestrant.

## S5. Diuretics and other masking agents

Masking agents include but are not limited to:

Diuretics\*), epitestosterone, probenecid, alpha-reductase inhibitors (e. g. finasteride, dutasteride), plasma expanders (e. g. albumin, dextran, hydroxyethyl starch) and other substances with similar biological effect(s).

Diuretics include:

acetazolamide, amiloride, bumetanide, canrenone, chloralidone, etacrynic acid, furosemide, indapamide, metolazone, spironolactone, thiazides (e. g. bendroflumethiazide, chlorothiazide, hydrochlorothiazide), triamterene, and other substances with a similar chemical structure or similar biological effect(s) (except for drospirinone, which is not prohibited).

\*) A Therapeutic Use Exemption is not valid if an Athlete's urine contains a diuretic in association with threshold or sub-threshold levels of a Prohibited Substance(s).

## Prohibited methods

**M1. Enhancement of oxygen transfer**

The following are prohibited:

1. Blood doping, including the use of autologous, homologous or heterologous blood or red blood cell products of any origin.
2. Artificially enhancing the uptake, transport or delivery of oxygen, including but not limited to perfluorochemicals, efa-proxiral (RSR13) and modified haemoglobin products (e. g. haemoglobin-based blood substitutes, microencapsulated haemoglobin products).

**M2. Chemical and physical manipulation**

1. Tampering, or attempting to tamper, in order to alter the integrity and validity of Samples collected in Doping Controls is prohibited. These include but are not limited to catheterisation, urine substitution and/or alteration.
2. Intravenous infusions are prohibited, except as a legitimate medical treatment.

**M3. Gene doping**

The non-therapeutic use of cells, genes, genetic elements, or of the modulation of gene expression, having the capacity to enhance athletic performance, is prohibited.

**Substances and methods prohibited in-competition**

In addition to the categories S1 to S5 and M1 to M3 defined above, the following categories are prohibited in competition:

## Prohibited substances

**S6. Stimulants**

All stimulants (including both their optical (D- and L-) isomers where relevant) are prohibited, except imidazole derivatives for topical use and those stimulants included in the 2007 Monitoring Program\*).

Adrafinil, adrenaline\*\*), amfepramone, amiphenazole, amphetamine, amphetaminil, benzphetamine, benzylpiperazine, bromantan, cathine\*\*\*), clobenzorex, cocaine, cropropamide, crotetamide, cyclazodone, dimethylamphetamine, ephedrine\*\*\*\*), etamivan, etilamphetamine, etilefrine, famprofazone, fenbutrazate, fencamfamin, fencamine, fenetylline, fenfluramine, fenproporex, furfenorex, heptaminol, isometheptene, levmethamphetamine, meclofenoxate, mefenorex, mephentermine, mesocarb, methamphetamine (D-), methylenedioxyamphetamine, methylenedioxymethamphetamine, p-methylamphetamine, methyl-ephedrine\*\*\*\*), methylphenidate, modafinil, nikethamide, norfenefrine, norfenfluramine, octopamine, ortetamine, oxilofrine, parahydroxyamphetamine, pemoline, pentetrazol, phendimetrazine, phenmetrazine, phenpromethamine, phentermine, 4-phenylpiracetam (carphedon), prolintane, propylhexedrine, selegiline, sibutramine, strychnine, tuaminoheptane and other substances with a similar chemical structure or similar biological effect(s).

A stimulant not expressly mentioned as an example under this section should be considered as a Specified Substances only if the Athlete can establish that the substance is particularly susceptible to unintentional anti-doping rule violations because

of its general availability in medicinal products or is less likely to be successfully abused as a doping agent.

**S7. Narcotics**

The following narcotics are prohibited:

buprenorphine, dextromoramide, diamorphine (heroin), fentanyl and its derivatives, hydromorphone, methadone, morphine, oxycodone, oxymorphone, pentazocine, pethidine.

**S8. Cannabinoids**

Cannabinoids (e. g. hashish, marijuana) are prohibited.

**S9. Glucocorticosteroids**

All glucocorticosteroids are prohibited when administered orally, rectally, intravenously or intramuscularly. Their use requires a Therapeutic Use Exemption approval.

Other routes of administration (intraarticular/periarticular/peri-tendinous/epidural/intradermal injections and inhalation) require an abbreviated Therapeutic Use Exemption except as noted below.

Topical preparations when used for dermatological (including iontophoresis/phonophoresis), auricular, nasal, ophthalmic, buccal, gingival and perianal disorders are not prohibited and do not require any form of Therapeutic Use Exemption.

\*) The following substances included in the 2007 Monitoring Program (bupropion, caffeine, phenylephrine, phenylpropranolamine, pipradol, pseudo-ephedrine, synephrine) are not considered as Prohibited Substances.

\*\*) Adrenaline associated with local anaesthetic agents or by local administration (e. g. nasal, ophthalmologic) is not prohibited.

\*\*\*) Cathine is prohibited when its concentration in urine is greater than 5 micrograms per milliliter.

\*\*\*\*) Each of ephedrine and methylephedrine is prohibited when its concentration in urine is greater than 10 micrograms per milliliter.

### Substances prohibited in particular sports

#### P1. Alcohol

Alcohol (ethanol) is prohibited in-competition only, in the following sports. Detection will be conducted by analysis of breath and/or blood. The doping violation threshold (haematological values) for each Federation is reported in parenthesis.

Aeronautic (FAI) (0.20 g/L)

Archery (FITA, IPC) (0.10 g/L)

Automobile (FIA) (0.10 g/L)

Boules (CMSB, IPC bowls) (0.10 g/L)

Karate (WKF) (0.10 g/L)

Modern Pentathlon (UIPM) for disciplines involving shooting (0.10 g/L)

Motorcycling (FIM) (0.10 g/L)

Powerboating (UIM) (0.30 g/L)

#### P2. Beta-blockers

Unless otherwise specified, beta-blockers are prohibited in-competition only, in the following sports.

Aeronautic (FAI)

Archery (FITA, IPC) (also prohibited out-of-competition)

Automobile (FIA)

Billiards (WCBS)

Bobsleigh (FIBT)

Boules (CMSB, IPC bowls)

Bridge (FMB)

Curling (WCF)

Gymnastics (FIG)

Modern Pentathlon (UIPM) for disciplines involving shooting

Motorcycling (FIM)

Nine-pin Bowling (FIQ)

Sailing (ISAF) for match race helms only

Shooting (ISSF, IPC) (also prohibited out-of-competition)

Skiing/Snowboarding (FIS) in ski jumping, freestyle aerials/halfpipe and snowboard half-pipe/big air

Wrestling (FILA)

Beta-blockers include, but are not limited to, the following:

acebutolol, alprenolol, atenolol, betaxolol, bisoprolol, bunolol, carteolol, carvedilol, celiprolol, esmolol, labetalol, levobunolol, metipranolol, metoprolol, nadolol, oxprenolol, pindolol, propranolol, sotalol, timolol.



## Annexe à la Convention contre le dopage<sup>1)</sup> (STE No. 135)

### Liste des interdictions 2007

#### Code mondial antidopage

**Entrée en vigueur: 1<sup>er</sup> Janvier 2007.**

L'utilisation de tout médicament devrait être limitée à des indications médicalement justifiées

### Substances et méthodes interdites en permanence (en et hors compétition)

#### Substances interdites

#### S1. Agents anabolisants

Les agents anabolisants sont interdits.

##### 1. Stéroïdes anabolisants androgènes (SAA)

###### a. SAA exogènes<sup>\*)</sup>, incluant:

1-androstènediol (5 $\alpha$ -androst-1-ène-3 $\beta$ ,17 $\beta$ -diol); 1-androstènedione (5 $\alpha$ -androst-1-ène-3,17-dione); bolandiol (19-norandrostènediol); bolastérone; boldénone; boldione (androsta-1,4-diène-3,17-dione); calustérone; clostébol; danazol (17 $\alpha$ -éthynyl-17 $\beta$ -hydroxyandrost-4-eno[2,3-d]isoxazole); déhydrochlorméthyltestostérone (4-chloro-17 $\beta$ -hydroxy-17 $\alpha$ -méthylandrosta-1,4-diène-3-one); désoxyméthyltestostérone (17 $\alpha$ -methyl-5 $\alpha$ -androst-2-en-17 $\beta$ -ol); drostanolone; éthylestrérol (19-nor-17 $\alpha$ -pregn-4-en-17-ol); fluoxymestérone; formébolone; furazabol (17 $\beta$ -hydroxy-17 $\alpha$ -methyl-5 $\alpha$ -androstano[2,3-c]-furazan); gestrinone; 4-hydroxytestostérone (4,17 $\beta$ -dihydroxyandrost-4-en-3-one); mestanolone; méstérolone; méténolone; méthandiénone (17 $\beta$ -hydroxy-17 $\alpha$ -methylandrosta-1,4-diène-3-one); méthandriol; méthastérone (2 $\alpha$ , 17 $\alpha$ -dimethyl-5 $\alpha$ -androstane-3-one-17 $\beta$ -ol); méthylidiénolone (17 $\beta$ -hydroxy-17 $\alpha$ -methylestra-4,9-diène-3-one); méthyl-1-testostérone (17 $\beta$ -hydroxy-17 $\alpha$ -methyl-5 $\alpha$ -androst-1-en-3-one); méthylnortestostérone (17 $\beta$ -hydroxy-17 $\alpha$ -methylestr-4-en-3-one); méthyltriénolone (17 $\beta$ -hydroxy-17 $\alpha$ -methylestra-4,9,11-triène-3-one); méthyltestostérone; mibolérone; nandrolone; 19-norandrostènedione (estr-4-ène-3,17-dione); norbolétone; norclostébol; noréthandrolone; oxabolone; oxandrolone; oxymestérone; oxymétholone; prostanazol ([3,2-c]pyrazole-5 $\alpha$ -etioallocholane-17 $\beta$ -tetrahydropyranol); quinbolone; stanozolol; stenbolone; 1-testostérone (17 $\beta$ -hydroxy-5 $\alpha$ -androst-1-ène-3-one); tétrahydrogestrinone (18 $\alpha$ -homo-pregna-4,9,11-triène-17 $\beta$ -ol-3-one); trenbolone et autres substances possédant une structure chimique similaire ou un (des) effet(s) biologique(s) similaire(s).

###### b. SAA endogènes<sup>\*\*)</sup>:

androstènediol (androst-5-ène-3 $\beta$ ,17 $\beta$ -diol); androstènedione (androst-4-ène-3,17-dione); dihydrotestostérone (17 $\beta$ -hydroxy-5 $\alpha$ -androst-3-one); prastérone (déhédroépiandrostérone, DHEA); testostérone et les métabolites ou isomères suivants:

5 $\alpha$ -androstane-3 $\alpha$ ,17 $\alpha$ -diol; 5 $\alpha$ -androstane-3 $\alpha$ ,17 $\beta$ -diol; 5 $\alpha$ -androstane-3 $\beta$ ,17 $\alpha$ -diol; 5 $\alpha$ -androstane-3 $\beta$ ,17 $\beta$ -diol; androst-4-ène-3 $\alpha$ ,17 $\alpha$ -diol; androst-4-ène-3 $\alpha$ ,17 $\beta$ -diol; androst-4-ène-3 $\beta$ ,17 $\alpha$ -diol; androst-5-ène-3 $\alpha$ ,17 $\alpha$ -diol; androst-5-ène-3 $\alpha$ ,17 $\beta$ -diol; androst-5-ène-3 $\beta$ ,17 $\alpha$ -diol; 4-androstènediol (androst-4-ène-3 $\beta$ ,17 $\beta$ -diol); 5-androstènedione (androst-5-ène-3,17-dione); épi-dihydrotestostérone; 3 $\alpha$ -hydroxy-5 $\alpha$ -androst-17-one; 3 $\beta$ -hydroxy-5 $\alpha$ -androst-17-one; 19-norandrostérone; 19-norétiocholanolone.

Dans le cas d'un stéroïde anabolisant androgène pouvant être produit de façon endogène, un échantillon sera considéré comme contenant cette substance interdite si la concentration de ladite substance interdite ou de ses métabolites ou de ses marqueurs et/ou tout autre rapport pertinent dans l'échantillon du sportif s'écarte suffisamment des valeurs normales trouvées chez l'homme pour qu'une production endogène normale soit improbable. Dans de tels cas, un échantillon ne sera pas considéré comme contenant une substance interdite si le sportif prouve que la concentration de substance interdite ou de ses métabolites ou de ses marqueurs et/ou tout autre rapport pertinent dans l'échantillon du sportif est attribuable à un état physiologique ou pathologique.

Dans tous les cas, et quelle que soit la concentration, l'échantillon du sportif sera considéré comme contenant une substance interdite et le laboratoire rapportera un résultat d'analyse anormal si, en se basant sur une méthode d'analyse fiable (par ex. SMRI), le laboratoire peut démontrer que la substance interdite est d'origine exogène. Dans ce cas, aucune investigation complémentaire ne sera nécessaire.

Quand la valeur rapportée est à des niveaux normalement trouvés chez l'homme et que la méthode d'analyse fiable (par ex. SMRI) n'a pas déterminé l'origine exogène de la substance, mais qu'il existe de sérieuses indications, telles que la comparaison avec des profils stéroïdiens endogènes de référence, d'un possible usage d'une substance interdite, l'organisation antidopage responsable effectuera une investigation plus approfondie, qui comprendra un examen de tous les contrôles antérieurs et/ou subséquents, afin de déterminer si le résultat est attribuable à un état physiologique ou pathologique,

<sup>1)</sup> Adoptée par le Groupe de Suivi lors de sa 24<sup>e</sup> réunion (Strasbourg, 14–15 novembre 2006). Amendements antérieurs le 1<sup>er</sup> septembre 1990, le 24 janvier 1992, le 1<sup>er</sup> août 1993, le 1<sup>er</sup> juillet 1996, le 1<sup>er</sup> juillet 1997, le 15 mars 1998, le 15 mars 1999, le 31 mars 2000, le 1<sup>er</sup> septembre 2001, le 1<sup>er</sup> janvier 2003, le 1<sup>er</sup> janvier 2004, le 1<sup>er</sup> janvier 2005 et le 1<sup>er</sup> janvier 2006.

Pour les besoins du présent document:

<sup>\*)</sup> «exogène» désigne une substance qui ne peut pas être habituellement produite naturellement par l'organisme humain.

<sup>\*\*)</sup> «endogène» désigne une substance qui peut être produite naturellement par l'organisme humain.

ou résulte de la prise d'une substance interdite d'origine exogène.

Quand un laboratoire a rendu un rapport T/E supérieur à quatre (4) pour un (1) et que l'application d'une méthode d'analyse fiable (par ex. SMRI) n'a pas démontré que la substance interdite était d'origine exogène, une investigation complémentaire peut être menée, comprenant un examen de tous les contrôles antérieurs et/ou subséquents, afin de déterminer si le résultat est attribuable à un état physiologique ou pathologique, ou résulte de la prise d'une substance interdite d'origine exogène. Si un laboratoire rapporte un résultat d'analyse anormal basé sur l'application d'une méthode d'analyse fiable (par ex. SMRI), démontrant que la substance interdite est d'origine exogène, aucune investigation complémentaire ne sera nécessaire et l'échantillon du sportif sera considéré comme contenant une substance interdite. Quand une méthode d'analyse fiable (par ex. SMRI) n'a pas été appliquée et qu'un minimum de trois résultats de contrôles antérieurs ne sont pas disponibles, l'organisation antidopage responsable établira un profil longitudinal du sportif en procédant à au moins trois contrôles inopinés pendant une période de trois mois. Si le profil longitudinal du sportif soumis à ces contrôles complémentaires n'est pas physiologiquement normal, le laboratoire rendra un résultat d'analyse anormal.

Dans des cas individuels extrêmement rares, la boldénone peut être retrouvée de façon endogène et à des niveaux constants très bas de quelques nanogrammes par millilitre (ng/mL) dans les urines. Quand un tel niveau très bas de boldénone est rapporté par le laboratoire et que l'application d'une méthode d'analyse fiable (par ex. SMRI) ne démontre pas que la substance est d'origine exogène, une investigation complémentaire peut être menée, comprenant un examen de tous les contrôles antérieurs et/ou subséquents. Quand une méthode d'analyse fiable (par ex. SMRI) n'a pas été appliquée, l'organisation antidopage responsable établira un profil longitudinal du sportif en procédant à au moins trois contrôles inopinés pendant une période de trois mois. Si le profil longitudinal du sportif soumis à ces contrôles complémentaires n'est pas physiologiquement normal, le laboratoire rendra un résultat d'analyse anormal.

Pour la 19-norandrostérone, un résultat d'analyse anormal rendu par le laboratoire est considéré comme une preuve scientifique et valide démontrant l'origine exogène de la substance interdite. Dans ce cas, aucune investigation complémentaire n'est nécessaire.

Si le sportif refuse de collaborer aux examens complémentaires, son échantillon sera considéré comme contenant une substance interdite.

2. Autres agents anabolisants, incluant sans s'y limiter:

Clenbutérol, tibolone, zéranol, zilpatérol.

## S2. Hormones et substances apparentées

Les substances qui suivent, y compris d'autres substances possédant une structure chimique similaire ou un (des) effet(s) biologiques(s) similaire(s), et leurs facteurs de libération, sont interdites:

1. Érythropoïétine (EPO);
2. Hormone de croissance (hGH), facteurs de croissance analogues à l'insuline (par ex. IGF-1), facteurs de croissance mécanique (MGFs);
3. Gonadotrophines (LH, hCG), interdites chez le sportif de sexe masculin seulement;

4. Insuline,
5. Corticotrophines.

À moins que le sportif puisse démontrer que la concentration était due à un état physiologique ou pathologique, un échantillon sera considéré comme contenant une substance interdite (selon la liste ci-dessus) lorsque la concentration de substance interdite ou de ses métabolites ou de ses marqueurs et/ou tout autre rapport pertinent dans l'échantillon du sportif est supérieur aux valeurs normales chez l'humain et qu'une production endogène normale est improbable.

Si le laboratoire peut démontrer, en se basant sur une méthode d'analyse fiable, que la substance interdite est d'origine exogène, l'échantillon du sportif sera considéré comme contenant une substance interdite et sera rapporté comme un résultat d'analyse anormal.

En outre, la présence de substances possédant une structure chimique similaire ou un (des) effet(s) biologique(s) similaire(s), de marqueur(s) diagnostique(s) ou de facteurs de libération d'une hormone apparaissant dans la liste ci-dessus, ou de tout autre résultat indiquant que la substance détectée est d'origine exogène, sera considérée comme indiquant l'usage d'une substance interdite et sera rapportée comme un résultat d'analyse anormal.

## S3. Bêta-2 agonistes

Tous les bêta-2 agonistes, y compris leurs isomères D- et L-, sont interdits.

À titre d'exception, le formotérol, le salbutamol, le salmétérol et la terbutaline, lorsque utilisés par inhalation, nécessitent une autorisation d'usage à des fins thérapeutiques abrégée.

Quelle que soit la forme de l'autorisation d'usage à des fins thérapeutiques accordée, une concentration de salbutamol (libre plus glucuronide) supérieure à 1 000 ng/mL sera considérée comme un résultat d'analyse anormal à moins que le sportif ne prouve que ce résultat anormal est consécutif à l'usage thérapeutique de salbutamol par voie inhalée.

## S4. Agents avec activité anti-œstrogène

Les classes suivantes de substances anti-œstrogéniques sont interdites:

1. Inhibiteurs d'aromatase, incluant sans s'y limiter: anastrozole, létrozole, aminogluthétimide, exémestane, formestane, testolactone.
2. Modulateurs sélectifs des récepteurs aux œstrogènes, incluant sans s'y limiter: raloxifène, tamoxifène, torémifène.
3. Autres substances anti-œstrogéniques, incluant sans s'y limiter: clomifène, cyclofénil, fulvestrant.

## S5. Diurétiques et autres agents masquants

Les agents masquants sont interdits. Ils incluent:

Diurétiques\*), épitestostérone, probénécide, inhibiteurs de l'alpharéductase (par ex. dutastéride et finastéride), succédanés de plasma (par ex. albumine, dextran, hydroxyéthylamidon), et autres substances possédant un (des) effet(s) biologique(s) similaire(s).

Les diurétiques incluent:

acétazolamide, amiloride, bumétanide, canrénone, chlortalidone, acide étacrynique, furosémide, indapamide, métolazone, spironolactone, thiazides (par ex. bendrofluméthiazide, chlorothiazide, hydrochlorothiazide), triamterène, et autres substances possédant une structure chimique similaire ou un (des) effet(s) biologique(s) similaire(s) (sauf la drospérinone, qui n'est pas interdite).

\*) Une autorisation d'usage à des fins thérapeutiques n'est pas valable si l'échantillon d'urine du sportif contient un diurétique détecté en association avec des substances interdites à leurs niveaux seuils ou en dessous de leurs niveaux seuils.

## Méthodes interdites

**M1. Amélioration du transfert d'oxygène**

Ce qui suit est interdit:

1. Le dopage sanguin, y compris l'utilisation de produits sanguins autologues, homologues ou hétérologues ou de globules rouges de toute origine.
2. L'amélioration artificielle de la consommation, du transport ou de la libération de l'oxygène, incluant sans s'y limiter les produits chimiques perfluorés, l'éfaproxiral (RSR13) et les produits d'hémoglobine modifiée (par ex. les substituts de sang à base d'hémoglobine, les produits à base d'hémoglobines réticulées).

**M2. Manipulation chimique et physique**

1. La falsification, ou la tentative de falsification, dans le but d'altérer l'intégrité et la validité des échantillons recueillis lors de contrôles du dopage est interdite. Cette catégorie comprend, sans s'y limiter, la cathétérisation, la substitution et/ou l'altération de l'urine.
2. Les perfusions intraveineuses sont interdites, excepté dans le cadre légitime d'un traitement médical.

**M3. Dopage génétique**

L'utilisation non thérapeutique de cellules, gènes, éléments génétiques, ou de la modulation de l'expression génique, ayant la capacité d'augmenter la performance sportive, est interdite.

**Substances et méthodes interdites en compétition**

Outre les catégories S1 à S5 et M1 à M3 définies ci-dessus, les catégories suivantes sont interdites en compétition:

## Substances interdites

**S6. Stimulants**

Tous les stimulants (y compris leurs isomères optiques (D- et L-) lorsqu'ils s'appliquent) sont interdits, à l'exception des dérivés de l'imidarole pour application topique et des stimulants figurant dans le Programme de surveillance 2007\*).

Les stimulants incluent:

Adrafinil, adrénaline\*\*), amfépramone, amphénazole, amphétamine, amphétaminil, benzphétamine, benzylpipérazine, bromantan, cathine\*\*\*), clobenzorex, cocaïne, copropamide, crotétamide, cyclazodone, diméthylamphétamine, éphédrine\*\*\*\*), étamivan, étilamphétamine, étiléfrine, famprofazone, fenbutrazate, fencamfamine, fencamine, fénétylline, fenfluramine, fenproporex, furfénorex, heptaminol, isométheptène, levméthamfétamine, méclofenoxate, méfénorex, méphentermine, mésocarbe, méthamphétamine (D-), méthylènedioxyamphétamine, méthylènedioxyamphétamine, pméthylamphétamine, méthyléphédrine\*\*\*\*), méthylphénidate, modafinil, nicéthamide, norfénefrine, norfenfluramine, octopamine, ortétamine, oxilofrine, parahydroxyamphétamine, pémoline, pentétrazole, phendimétrazine, phenmétrazine, phenprométhamine, phentermine, 4-phenylpiracétam (carphédon), prolintane, propylhexédrine, sélégililne, sibutramine, strychnine, tuaminoheptane et autres substances possédant une structure chimique similaire ou un (des) effet(s) biologique(s) similaire(s).

Un stimulant n'étant pas expressément mentionné comme exemple dans cette section doit être considéré comme une Substance Spécifique seulement si le sportif peut établir que cette substance est particulièrement susceptible d'entraîner une violation non intentionnelle des règlements antidopage compte

tenu de sa présence fréquente dans des médicaments, ou si elle est moins susceptible d'être utilisée avec succès comme agent dopant.

**S7. Narcotiques**

Les narcotiques qui suivent sont interdits:

buprénorphine, dextromoramide, diamorphine (héroïne), fentanyl et ses dérivés, hydromorphone, méthadone, morphine, oxycodone, oxymorphone, pentazocine, péthidine.

**S8. Cannabinoïdes**

Les cannabinoïdes (par ex. le haschisch, la marijuana) sont interdits.

**S9. Glucocorticoïdes**

Tous les glucocorticoïdes sont interdits lorsqu'ils sont administrés par voie orale, rectale, intraveineuse ou intramusculaire. Leur utilisation requiert l'obtention d'une autorisation d'usage à des fins thérapeutiques.

D'autres voies d'administration (injection intra-articulaire/péri-articulaire/péritendineuse/péridurale/intradermique et par inhalation) nécessitent une autorisation d'usage à des fins thérapeutiques abrégée, à l'exception des voies d'administration indiquées ci-dessous.

Les préparations topiques utilisées pour traiter des affections dermatologiques (incluant iontophorèse/phonophorèse), auriculaires, nasales, ophtalmologiques, buccales, gingivales et péri-anales ne sont pas interdites et ne nécessitent en conséquence aucune autorisation d'usage à des fins thérapeutiques.

\*) Les substances suivantes figurant dans le Programme de surveillance 2007 (bupropion, caféine, phényléphrine, phénylpropanolamine, pipradrol, pseudoéphédrine, synéphrine) ne sont pas considérées comme des substances interdites.

\*\*) L'adrénaline, associée à des agents anesthésiques locaux, ou en préparation à usage local (par ex. par voie nasale ou ophtalmologique), n'est pas interdite.

\*\*\*) La cathine est interdite quand sa concentration dans l'urine dépasse 5 microgrammes par millilitre.

\*\*\*\*) L'éphédrine et la méthyléphédrine sont interdites quand leurs concentrations respectives dans l'urine dépassent 10 microgrammes par millilitre.

### Substances interdites dans certains sports

#### P1. Alcool

L'alcool (éthanol) est interdit en compétition seulement, dans les sports suivants.

La détection sera effectuée par éthylométrie et/ou analyse sanguine. Le seuil de violation (valeurs hématologiques) est indiqué entre parenthèses.

Aéronautique (FAI) (0.20 g/L)

Automobile (FIA) (0.10 g/L)

Boules (CMSB, IPC boules) (0.10 g/L)

Karaté (WKF) (0.10 g/L)

Motocyclisme (FIM) (0.10 g/L)

Motonautique (UIM) (0.30 g/L)

Pentathlon moderne (UIPM) pour les épreuves comprenant du tir (0.10 g/L)

Tir à l'arc (FITA, IPC) (0.10 g/L)

#### P2. Bêta-bloquants

À moins d'indication contraire, les bêta-bloquants sont interdits en compétition seulement, dans les sports suivants.

Aéronautique (FAI)

Automobile (FIA)

Billard (WCBS)

Bobsleigh (FIBT)

Boules (CMSB, IPC boules)

Bridge (FMB)

Curling (WCF)

Gymnastique (FIG)

Lutte (FILA)

Motocyclisme (FIM)

Pentathlon moderne (UIPM) pour les épreuves comprenant du tir

Quilles (FIQ)

Ski (FIS) pour le saut à skis, freestyle saut/halfpipe et le snowboard halfpipe/big air

Tir (ISSF, IPC) (aussi interdits hors-compétition)

Tir à l'arc (FITA, IPC) (aussi interdits hors-compétition)

Voile (ISAF) pour les barreaux en match racing seulement

Les bêta-bloquants incluent sans s'y limiter:

acébutolol, alprénolol, aténolol, bétaxolol, bisoprolol, bunolol, cartéolol, carvédiolol, céliprolol, esmolol, labétalol, lévobunolol, métipranolol, métoprolol, nadolol, oxprénolol, pindolol, propranolol, sotalol, timolol.

## Anhang zum Übereinkommen gegen Doping<sup>1)</sup> ETS-Nr. 135

### Verbotsliste 2007

#### Welt-Anti-Doping-Code

Datum des Inkrafttretens: 1. Januar 2007

Die Anwendung jedes Arzneimittels soll auf medizinisch begründete Indikationen beschränkt werden.

(Übersetzung)

### Wirkstoffe und Methoden, die zu allen Zeiten (in- und außerhalb von Wettkämpfen) verboten sind

#### Verbotene Wirkstoffe

#### S1. Anabole Wirkstoffe

Anabole Wirkstoffe sind verboten.

##### 1. Anabol-androgene Steroide (AAS)

###### a. Exogene\*) AAS, einschließlich

1-Androstendiol (5-Alpha-androst-1-en-3-beta,17-beta-diol); 1-Androstendion (5-Alpha-androst-1-en-3,17-dion); Bolandiol (19-Norandrostendiol); Bolasteron; Boldenon; Boldion (Androsta-1,4-dien-3,17-dion); Calusteron; Clostebol; Danazol (17-Alpha-ethynyl-17-beta-hydroxyandrost-4-eno[2,3-d]isoxazol); Dehydrochloromethyltestosteron (4-Chloro-17-beta-hydroxy-17-alpha-methylandrosta-1,4-dien-3-on); Desoxymethyltestosteron (17-Alpha-methyl-5-alpha-androst-2-en-17-beta-ol); Drostanolon; Ethylestrenol (19-Nor-17-alpha-pregn-4-en-17-ol); Fluoxymesteron; Formebolon; Furazabol (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methyl-5-alpha-androstano[2,3-c]-furan); Gestrinon; 4-Hydroxytestosteron (4,17-Beta-dihydroxyandrost-4-en-3-on); Mestanolon; Mesterolol; Metenolon; Metandienon (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methylandrosta-1,4-dien-3-on); Methandiol; Methasteron (2-Alpha,17-alpha-dimethyl-5-alpha-androstan-3-on-17-beta-ol); Methylidienolon (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methylestra-4,9-dien-3-on); Methyl-1-testosteron (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methyl-5-alpha-androst-1-en-3-on); Methylnortestosteron (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methylestr-4-en-3-on); Methyltrienolon (17-Beta-hydroxy-17-alpha-methylestra-4,9,11-trien-3-on); Methyltestosteron; Miboleron; Nandrolon; 19-Norandrostendion (Estr-4-en-3,17-dion); Norbolethon; Norclostebol; Norethandrolon; Oxabolon; Oxandrolon; Oxymesteron; Oxymetholon; Prostanazol ([3,2-c]Pyrazol-5-alpha-etioallocholan-17-beta-tetrahydropyranol); Quinbolon; Stanazolol; Stenbolon; 1-Testosteron (17-Beta-hydroxy-5-alpha-androst-1-en-3-on); Tetrahydrogestrinon (18-Alpha-homo-pregna-4,9,11-trien-17-beta-ol-3-on); Trenbolon und andere Wirkstoffe mit ähnlicher chemischer Struktur oder ähnlicher/n biologischer/n Wirkung(en).

###### b. Endogene\*\*) AAS:

Androstendiol (Androst-5-en-3-beta,17-beta-diol); Androstendion (Androst-4-en-3,17-dion); Dihydrotestosteron (17-Beta-hydroxy-5-alpha-androstan-3-on); Prasteron (Dehydroepiandrosteron, DHEA); Testosteron und die folgenden Metaboliten und Isomere:

5-Alpha-androstan-3-alpha,17-alpha-diol; 5-Alpha-androstan-3-alpha,17-beta-diol; 5-Alpha-androstan-3-beta,17-alpha-diol; 5-Alpha-androstan-3-beta,17-beta-diol; Androst-4-en-3-alpha,17-alpha-diol; Androst-4-en-3-alpha,17-beta-diol; Androst-4-en-3-beta,17-alpha-diol; Androst-5-en-3-alpha,17-alpha-diol; Androst-5-en-3-alpha,17-beta-diol; Androst-5-en-3-beta,17-alpha-diol; 4-Androstendiol (Androst-4-en-3-beta,17-beta-diol); 5-Androstendion (Androst-5-en-3,17-dion); Epi-dihydrotestosteron; 3-Alpha-hydroxy-5-alpha-androstan-17-on; 3-Beta-hydroxy-5-alpha-androstan-17-on; 19-Norandrosteron; 19-Noretiocholanolon.

Kann ein anabol-androgenes Steroid endogen produziert werden, so nimmt man von einer Probe an, dass sie diesen verbotenen Wirkstoff enthält, wenn die Konzentration dieses verbotenen Wirkstoffs oder seiner Metaboliten oder Marker und/oder jegliches sonstige relevante Verhältnis in der Probe des Athleten derart vom beim Menschen anzutreffenden Normbereich abweicht, dass es unwahrscheinlich ist, dass die Konzentration beziehungsweise das Verhältnis mit einer normalen endogenen Produktion vereinbar ist. Von einer Probe wird in einem derartigen Fall nicht angenommen, dass sie einen verbotenen Wirkstoff enthält, wenn ein Athlet nachweist, dass die Konzentration des verbotenen Wirkstoffs oder seiner Metaboliten oder Marker und/oder das relevante Verhältnis in der Probe des Athleten einem physiologischen oder pathologischen Zustand zuzuschreiben ist.

In allen Fällen und bei jeder Konzentration wird von der Probe des Athleten angenommen, dass sie einen verbotenen Wirkstoff enthält, und das Labor wird ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis melden, wenn es auf der Grundlage einer zuverlässigen Analysemethode (z. B. IRMS) zeigen kann, dass der verbotene Wirkstoff exogenen Ursprungs ist. In einem solchen Fall ist eine weitere Untersuchung nicht erforderlich.

Wird ein Wert innerhalb des beim Menschen anzutreffenden Normbereichs gemeldet und wurde durch die zuverlässige Analysemethode (zum Beispiel IRMS) kein exogener Ursprung des Wirkstoffs festgestellt, gibt es aber

<sup>1)</sup> Genehmigt von der Beobachtenden Begleitgruppe auf ihrer 24. Sitzung (Straßburg, 14.–15. November 2006). Zuvor geändert am 1. September 1990, am 24. Januar 1992, am 1. August 1993, am 1. Juli 1996, am 1. Juli 1997, am 15. März 1998, am 31. März 2000, am 1. September 2001, am 1. Januar 2003, am 1. Januar 2004, 1. Januar 2005 und am 1. Januar 2006.

\*) Für die Zwecke dieses Abschnitts bezieht sich der Begriff „exogen“ auf einen Wirkstoff, der vom Körper normalerweise nicht auf natürlichem Wege produziert werden kann.

\*\*) Für die Zwecke dieses Abschnitts bezieht sich der Begriff „endogen“ auf einen Wirkstoff, der vom Körper auf natürlichem Wege produziert werden kann.

Anzeichen für eine mögliche Anwendung eines verbotenen Wirkstoffs, etwa durch einen Vergleich mit endogenen Referenzsteroidprofilen, so führt die zuständige Anti-Doping-Organisation eine weitere Untersuchung durch, bei der die Ergebnisse früherer Kontrollen überprüft oder nachfolgende Kontrollen durchgeführt werden, um festzustellen, ob das Ergebnis auf einen physiologischen oder pathologischen Zustand zurückzuführen ist oder als Folge des exogenen Ursprungs eines verbotenen Wirkstoffs aufgetreten ist.

Hat ein Labor ein größeres T/E-Verhältnis (Verhältnis der Konzentration von Testosteron zu Epitestosteron) als vier (4) zu eins (1) gemeldet und wurde durch die Anwendung einer zuverlässigen Analyseverfahren (zum Beispiel IRMS) kein exogener Ursprung des Wirkstoffs festgestellt, so kann eine weitere Untersuchung durchgeführt werden, bei der die Ergebnisse früherer Kontrollen überprüft oder nachfolgende Kontrollen durchgeführt werden, um festzustellen, ob das Ergebnis auf einen physiologischen oder pathologischen Zustand zurückzuführen ist oder als Folge des exogenen Ursprungs eines verbotenen Wirkstoffs aufgetreten ist. Meldet ein Labor nach Anwendung einer zusätzlichen zuverlässigen Analyseverfahren (zum Beispiel IRMS), dass der verbotene Wirkstoff exogenen Ursprungs ist, so ist keine weitere Untersuchung erforderlich und man nimmt von der Probe an, dass sie diesen verbotenen Wirkstoff enthält.

Ist eine zusätzliche zuverlässige Analyseverfahren (zum Beispiel IRMS) nicht angewandt worden und sind nicht mindestens drei frühere Kontrollergebnisse verfügbar, so hat die zuständige Anti-Doping-Organisation ein Longitudinalprofil des Athleten zu erstellen, indem sie über einen Zeitraum von drei Monaten mindestens drei unangekündigte Kontrollen durchführt. Entspricht das durch die nachfolgenden Kontrollen erstellte Longitudinalprofil des Athleten physiologisch nicht der Norm, so ist das Ergebnis als ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis zu melden.

In äußerst seltenen Einzelfällen kann Boldenon endogenen Ursprungs in einer Größenordnung von durchweg sehr niedrigen Nanogramm/Milliliter-Werten (ng/ml) im Urin gefunden werden. Wird eine solche sehr niedrige Konzentration von Boldenon von einem Labor gemeldet und wurde durch die Anwendung einer zuverlässigen Analyseverfahren (zum Beispiel IRMS) kein exogener Ursprung des Wirkstoffs festgestellt, so kann durch nachfolgende Kontrollen eine weitere Untersuchung durchgeführt werden. Ist eine zusätzliche zuverlässige Analyseverfahren (zum Beispiel IRMS) nicht angewandt worden, so hat die zuständige Anti-Doping-Organisation ein Longitudinalprofil des Athleten zu erstellen, indem sie über einen Zeitraum von drei Monaten mindestens drei unangekündigte Kontrollen durchführt. Entspricht das durch die nachfolgenden Kontrollen erstellte Longitudinalprofil des Athleten physiologisch nicht der Norm, so ist das Ergebnis als ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis zu melden.

Bei 19-Norandrosteron gilt ein von einem Labor gemeldetes von der Norm abweichendes Analyseergebnis als wissenschaftlicher und schlüssiger Beweis für den exogenen Ursprung des verbotenen Wirkstoffs. In einem solchen Fall ist eine weitere Untersuchung nicht erforderlich.

Arbeitet ein Athlet bei den Untersuchungen nicht mit, so wird angenommen, dass die Probe des Athleten einen verbotenen Wirkstoff enthält.

- Zu den anderen anabolen Wirkstoffen gehören unter anderem Clenbuterol, Tibolon, Zeranol, Zilpaterol.

\*) Eine Ausnahmegenehmigung zur therapeutischen Anwendung ist nicht gültig, wenn der Urin eines Athleten ein Diuretikum zusammen mit Mengen verbotener Wirkstoffe enthält, die dem Grenzwert entsprechen oder unter ihm liegen.

## S2. Hormone und verwandte Wirkstoffe

Die folgenden Wirkstoffe einschließlich anderer Wirkstoffe mit ähnlicher chemischer Struktur oder ähnlicher/n biologischer/n Wirkung(en) und ihre Releasingfaktoren sind verboten:

- Erythropoietin (EPO);
- Wachstumshormon (hGH), Somatomedin C (zum Beispiel IGF-1), mechanisch induzierte Wachstumsfaktoren (MGFs);
- Gonadotropine (LH, hCG), nur bei Männern verboten;
- Insulin;
- Corticotropine.

Kann der Athlet nicht nachweisen, dass die Konzentration auf einen physiologischen oder pathologischen Zustand zurückzuführen war, so nimmt man von einer Probe an, dass sie einen verbotenen Wirkstoff (wie oben aufgeführt) enthält, wenn die Konzentration des verbotenen Wirkstoffs oder seiner Metaboliten und/oder die relevanten Verhältnisse oder Marker in der Probe des Athleten derart über den beim Menschen anzutreffenden Normbereich hinausgeht/hinausgehen, so dass es unwahrscheinlich ist, dass sie mit einer normalen endogenen Produktion vereinbar ist/sind.

Meldet ein Labor nach Anwendung einer zuverlässigen Analyseverfahren, dass der verbotene Wirkstoff exogenen Ursprungs ist, so nimmt man von der Probe an, dass sie einen verbotenen Wirkstoff enthält, und sie ist als ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis zu melden.

Das Vorhandensein anderer Wirkstoffe mit ähnlicher chemischer Struktur oder ähnlicher/n biologischer/n Wirkung(en), diagnostischer Marker oder Releasingfaktoren eines oben aufgeführten Hormons oder jedes andere Ergebnis, das darauf hinweist, dass der festgestellte Wirkstoff exogenen Ursprungs ist, gilt als Hinweis auf die Anwendung eines verbotenen Wirkstoffs und ist als ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis zu melden.

## S3. Beta-2-Agonisten

Alle Beta-2-Agonisten einschließlich ihrer D- und L-Isomere sind verboten.

Abweichend hiervon ist bei Formoterol, Salbutamol, Salmeterol und Terbutalin, soweit sie durch Inhalation verabreicht werden, eine Ausnahmegenehmigung zur therapeutischen Anwendung nach dem verkürzten Verfahren erforderlich.

Trotz der Erteilung jeder Art von Ausnahmegenehmigung zur therapeutischen Anwendung gilt eine Salbutamolkonzentration (frei und als Glukuronid) von mehr als 1 000 Nanogramm/ml als ein von der Norm abweichendes Analyseergebnis, es sei denn, der Athlet weist nach, dass dieses abnorme Ergebnis die Folge der therapeutischen Anwendung von inhaliertem Salbutamol war.

## S4. Wirkstoffe mit antiöstrogener Wirkung

Die folgenden Klassen antiöstrogener Wirkstoffe sind verboten:

- Aromatasehemmer; dazu gehören unter anderem Anastrozol, Letrozol, Aminoglutethimid, Exemestan, Formestan, Testolacton.
- Selektive Östrogen-Rezeptor-Modulatoren (SERMs); dazu gehören unter anderem Raloxifen, Tamoxifen, Toremifen.
- Andere antiöstrogene Wirkstoffe; dazu gehören unter anderem Clomifen, Cyclofenil, Fulvestrant.

## S5. Diuretika und andere Maskierungsmittel

Maskierungsmittel sind verboten. Dazu gehören

Diuretika\*), Epitestosteron, Probenecid, Alpha-Reduktase-Hemmer (zum Beispiel Finasterid, Dutasterid), Plasmaexpander (zum

Beispiel Albumin, Dextran, Hydroxyethylstärke) und andere Wirkstoffe mit ähnlicher/n biologischer/n Wirkung(en).

Zu den Diuretika gehören

Acetazolamid, Amilorid, Bumetanid, Canrenon, Chlortalidon,

Etacrynsäure, Furosemid, Indapamid, Metolazon, Spironolacton, Thiazide (zum Beispiel Bendroflumethiazid, Chlorothiazid, Hydrochlorothiazid), Triamteren und andere Wirkstoffe mit ähnlicher chemischer Struktur oder ähnlicher/n biologischer/n Wirkung(en) (ausgenommen Drosperinon, das nicht verboten ist).

## Verbotene Methoden

### M1. Erhöhung des Sauerstofftransfers

Folgende Methoden sind verboten:

1. Blutdoping einschließlich der Anwendung von eigenem, homologem oder heterologem Blut oder Produkten aus roten Blutkörperchen jeglicher Herkunft.
2. Die künstliche Erhöhung der Aufnahme, des Transports oder der Abgabe von Sauerstoff, unter anderem durch Perfluorchemikalien, Efavoxiral (RSR 13) und veränderte Hämoglobinprodukte (zum Beispiel Blutersatzstoffe auf Hämoglobinbasis, Mikrokapseln mit Hämoglobinprodukten).

### M2. Chemische und physikalische Manipulation

1. Verboten ist die tatsächliche oder versuchte unzulässige Einflussnahme, um die Integrität und Validität der Proben, die während der Dopingkontrollen genommen werden, zu verändern. Hierunter fallen unter anderem die Katheterisierung, der Austausch und/oder die Veränderung von Urin.
2. Verboten sind intravenöse Infusionen, es sei denn, sie dienen der gerechtfertigten medizinischen Behandlung.

### M3. Gendoping

Die nicht therapeutische Anwendung von Zellen, Genen, Genelementen oder der Regulierung der Genexpression, welche die sportliche Leistungsfähigkeit erhöhen kann, ist verboten.

## Im Wettkampf verbotene Wirkstoffe und Methoden

Zusätzlich zu den oben beschriebenen Kategorien S1 bis S5 und M1 bis M3 sind im Wettkampf folgende Kategorien verboten:

## Verbotene Wirkstoffe

### S6. Stimulanzien

Alle Stimulanzien (zu denen gegebenenfalls auch deren optische (D- und L-)Isomere gehören) sind verboten; hiervon ausgenommen sind Imidazolderivate für die örtliche Anwendung und die in das Überwachungsprogramm für 2007\*) aufgenommenen Stimulanzien.

Zu den Stimulanzien gehören

Adrafinil, Adrenalin\*\*), Amfepramon, Amiphenazol, Amphetamin, Amfetaminil, Benzphetamin, Benzylpiperazin, Bromantan, Cathin\*\*\*), Clobenzorex, Cocain, Cropropamid, Crotetamid, Cyclazodon, Dimethylamphetamin, Ephedrin\*\*\*\*), Etamivan, Etlamfetamin, Etilefrin, Famprofazon, Fenbutrazat, Fencamfamin, Fencamin, Fenetyllin, Fenfluramin, Fenproporex, Furfenorex, Heptaminol, Isomethepten, Levmetamfetamin, Meclofenoxat, Mefenorex, Mephentermin, Mesocarb, Methamphetamin (D-), Methylenedioxi-amfetamin, Methylenedioxi-methamphetamin, p-Methylamphetamin, Methylephedrin\*\*\*\*), Methylphenidat, Modafinil, Nicethamid, Norfenefrin, Norfenfluramin, Octopamin, Ortetamin, Oxilofrin, Parahydroxyamphetamin, Pemolin, Pentetrazol, Phendimetrazin, Phenmetrazin, Phenpromethamin, Phentermin, 4-Phenylpirazetam (Carphedon), Prolintan, Propylhexedrin, Selegilin, Sibutramin, Strychnin, Tuaminoheptan und andere Wirkstoffe mit ähnlicher chemischer Struktur oder ähnlicher/n biologischer/n Wirkung(en).

Ein Stimulans, das in diesem Abschnitt nicht ausdrücklich als Beispiel aufgeführt ist, kann nur dann als spezieller Wirkstoff angesehen werden, wenn der Athlet nachweisen kann, dass durch diesen Wirkstoff aufgrund seiner allgemeinen Verfügbarkeit in Arzneimitteln unbeabsichtigte Verstöße gegen die Anti-Doping-

Regeln besonders leicht möglich sind oder dass dessen erfolgreicher Missbrauch als Dopingmittel weniger wahrscheinlich ist.

### S7. Narkotika

Die folgenden Narkotika sind verboten:

Buprenorphin, Dextromoramid, Diamorphin (Heroin), Fentanyl und seine Derivate, Hydromorphon, Methadon, Morphin, Oxycodon, Oxymorphon, Pentazocin, Pethidin.

### S8. Cannabinoide

Cannabinoide (zum Beispiel Haschisch, Marihuana) sind verboten.

### S9. Glukokortikosteroide

Alle Glukokortikosteroide sind verboten, wenn sie oral, rektal, intravenös oder intramuskulär verabreicht werden. Für ihre Anwendung ist eine Ausnahmegenehmigung zur therapeutischen Anwendung erforderlich.

Für andere Verabreichungswege (intraartikuläre, periartikuläre, peritendinöse, epidurale, intradermale Injektionen und Inhalation) ist eine Ausnahmegenehmigung zur therapeutischen Anwendung nach dem verkürzten Verfahren erforderlich; hiervon ausgenommen sind die im Folgenden beschriebenen Verabreichungswege.

Die Anwendung von Präparaten zur örtlichen Anwendung bei Erkrankungen der Haut (einschließlich Iontophorese/Phonophorese), des Ohres, der Nase, der Augen, der Wangen, des Zahnfleisches und des äußeren Anus ist nicht verboten und bedarf keiner Form der Ausnahmegenehmigung zur therapeutischen Anwendung.

\*) Die folgenden in das Überwachungsprogramm für 2007 aufgenommenen Wirkstoffe (Bupropion, Koffein, Phenylephrin, Phenylpropanolamin, Pipradol, Pseudoephedrin, Synephrin) gelten nicht als verbotene Wirkstoffe.

\*\*) Die Anwendung von Adrenalin in Verbindung mit einem Lokalanästhetikum oder die lokale Anwendung (zum Beispiel an der Nase, am Auge) ist nicht verboten.

\*\*\*) Cathin ist verboten, wenn seine Konzentration im Urin 5 Mikrogramm/ml übersteigt.

\*\*\*\*) Sowohl Ephedrin als auch Methylephedrin sind verboten, wenn ihre Konzentration im Urin jeweils 10 Mikrogramm/ml übersteigt.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,30 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

## Bei bestimmten Sportarten verbotene Wirkstoffe

### P1. Alkohol

Alkohol (Ethanol) ist in den nachfolgenden Sportarten nur im Wettkampf verboten. Die Feststellung erfolgt durch Atem- oder Blutanalyse. Der Grenzwert (Blutwerte), ab dem ein Dopingverstoß vorliegt, ist für jeden Verband in Klammern angegeben.

- Bogenschießen (FITA, IPC) (0,10 g/L)
- Boule (CMSB, IPC-Kegeln) (0,10 g/L)
- Karate (WKF) (0,10 g/L)
- Luftsport (FAI) (0,20 g/L)
- Moderner Fünfkampf (UIPM) (0,10 g/L) für Disziplinen, bei denen Schießen eingeschlossen ist
- Motorbootssport (UIM) (0,30 g/L)
- Motorradssport (FIM) (0,10 g/L)
- Motorsport (FIA) (0,10 g/L)

### P2. Beta-Blocker

Wenn nichts anderes bestimmt ist, sind Betablocker in den folgenden Sportarten nur im Wettkampf verboten:

- Billard (WCBS)
- Bob (FIBT)
- Bogenschießen (FITA, IPC) (auch außerhalb von Wettkämpfen verboten)
- Boule (CMSB, IPC-Kegeln)
- Bridge (FMB)
- Curling (WCF)
- Kegeln (FIQ)
- Luftsport (FAI)
- Moderner Fünfkampf (UIPM) für Disziplinen, bei denen Schießen eingeschlossen ist
- Motorradssport (FIM)
- Motorsport (FIA)
- Ringen (FILA)
- Schießen (ISSF, IPC) (auch außerhalb von Wettkämpfen verboten)
- Segeln (ISAF) nur für Steuermänner beim Match Race (Boot gegen Boot)
- Skifahren/Snowboarding (FIS) Skispringen, Freistil aerials/halfpipe und Snowboard halfpipe/big air
- Turnen (FIG)

Zu den Betablockern gehören unter anderem

Acebutolol, Alprenolol, Atenolol, Betaxolol, Bisoprolol, Bunolol, Carteolol, Carvedilol, Celiprolol, Esmolol, Labetalol, Levobunolol, Metipranolol, Metoprolol, Nadolol, Oxprenolol, Pindolol, Propranolol, Sotalol, Timolol.